

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Beruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1590
Strohlasse Riesa Nr. 52.

Nr. 23.

Sonnabend, 27. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschließlich Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligung des Abdrucks 10.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%. Aufsatz, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Beste Tarife, Beilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Tanager & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Westbühne 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Kleinhandelspreis für Mundwaren welcher für die zweite Januarhälfte zur Verteilung kommt, wird für den Bezirk der Amtshauptmannschaft pro Pfund wie folgt festgesetzt:
Weiß- und Raffinade 440 M.
Brotzucker, Kompens und Brote 450 M.
Brotzucker 480 M.
Großenhain, am 26. Januar 1923. 89aIX Z. Der Kommunalverband.

Der Vorschlag unter Nr. 4 der Liste Dirsch ist, da er zu unrecht erfolgt ist, für ungültig erklärt worden.

Beschwerden gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl sind binnen einer Ausschlussfrist von 1 Monat nach der Wahl beim unterzeichneten Kaufmannsgericht oder bei der Kreis-Amtshauptmannschaft Dresden anzubringen.
Riesa, den 26. Januar 1923. Der Vors. des Kaufmannsgerichtes.

Kaufmannsgerichtswahl.

Bei den am 14. 1. 23 stattgefundenen Wahlen der Kaufmannsgerichte zum Kaufmannsgericht in Riesa sind für Liste Walz 172 und für Liste Dirsch 284 Stimmen abgegeben worden. Es entfallen demnach auf Wahlvorsitz Walz 3 und auf Wahlvorsitz Dirsch 4 Sitze. Als Wähler sind sonach gewählt die Herren 1) Carl Walz, 2) Heinrich Erben, 3) Oskar Dirsch, 4) Kurt Schönbauer, 5) Karl Wild, 6) Curt Adler.

Handelschule Riesa.

Aufnahmepflicht für Schüler Montag, den 12. Februar, vorm. 8 Uhr, für Schülerinnen Dienstag, den 13. Februar, vorm. 8 Uhr.
Riesa, den 27. Januar 1923. Oehme, Studiendirektor.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 27. Januar 1923.

Einschränkungen im Personenzugverkehr. Der Personenzugverkehr der Reichsbahn soll in nächster Zeit um insgesamt rund 10 bis 20 Prozent eingeschränkt werden. Die Einschränkungen erfolgen zum Teil sofort, zum Teil von Mitte nächster Woche ab. Wenn auch die Dienstkolonnenlage der Reichsbahn zur Zeit noch günstig ist (Vorrat für etwa 40 Tage), so müssen doch bei der Ungewissheit der Weiterlieferung von Kohlen in das nicht besetzte Gebiet die Einsparungsmaßnahmen sofort einleiten. Die Einschränkung erfolgt auf Grund von Plänen, die die Reichsbahndirektionen nach den örtlichen Verhältnissen aufgestellt haben. Dabei ist auf die Bedienung des Berufs-, Arbeiter- und des übrigen lebensnotwendigen Verkehrs, besonders auch der Post sowie von Milch in Personenzügen Rücksicht genommen. Unbequemlichkeiten, die aus dem zur Zeit sehr starken Personenzugverkehr entstehen, müssen in Kauf genommen werden. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr tritt eine Einschränkung nicht ein.

Die Erstellung eines Ehrenmals für die Gefallenen der Artillerie-Regimenter Nr. 82 und 88 in Riesa geht durch die letzten beendeten Fundierung des Denkmals der Vermittlung entgegen. Als Aufstellungsort des Denkmals ist in den Umkreis der Bauherren Straße gelegenen Anlagen des Lutherplatzes ein besonders geeigneter Platz ausgewählt worden. Der Unterbau des Denkmals, aus bearbeiteten Vorkaer Sandstein bestehend, wird in den nächsten Tagen auf das Fundament aufgebracht werden. Die Anlieferung des natürlichen Teils des Denkmals wird Ende Februar erfolgen, sobald mit der Weibe des Denkmals der Beginn des Frühjahres gerechnet werden kann.

Sächsischer Kulturtag. Am 10. und 11. Febr. veranstaltet der Bund entschiedener Schulreformer eine Tagung für sächsische Schulreformer in unserer Stadt. Es wird gesprochen werden über die Kulturpolitik der sächsischen Regierung (die offiziell auf der Tagung durch den Kultusminister vertreten sein wird) und über die großen Erziehungsziele des sächsischen Lehrervereins. Prof. Dietrich, der Führer des Bundes, hat einen Vortrag über „Erziehungs- und Kulturpolitik“ gehalten. Die Tagung ist für jedermann öffentlich. Näheres über Teilnehmerkarten und Programm wird durch Plakate und in der Presse bekannt gemacht oder ist auch zu erfahren durch Herrn Leberecht Götting, Am Technikum 3.

Sächsische Landesschne. An dieser Stelle sei nochmals auf die Mietkartenausgabe für die II. Spielrunde der „S. L.“ (vom 8. bis einschließlich 18. Febr.), die bei der Buchhandlung Hoffmann, Riesa, Hauptstraße, stattfindet, aufmerksam gemacht. Die Mietkartenausgabe findet nur bis einschließlich 7. Februar statt; nach dieser Zeit werden Mietkarten, die gegenüber den Tageskarten bedeutend ermäßigt sind, nicht mehr ausgeben.

Leipziger Krystalpalast-Sänger. Wie aus dem Anzeiger vori. Nr. ersichtlich, veranstalten die berühmten Leipziger Krystalpalast-Sänger (Direktion F. Jensch) Dienstag, den 30. Januar, im Hotel Späthner ein humoristisches Konzert mit einem hier noch nie gehörten Programm.

Handelschule. Wir werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Aufnahmepflichtungen in der Handelschule infolge der außerordentlichen Vorwiedungen bereits am 12. und 13. Februar abgehalten werden können. Nach der Aufnahmepflichtung bewirte Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Protestversammlung, die vom Gastwirtsgewerbe und der Brauindustrie für Donnerstag nachmittag nach der Weipolitz in Riesa einberufen worden war, sagte, wie das „Meißner Tageblatt“ berichtet, mit ihrem Massenbesuch von den Schwierigkeiten, mit denen die beteiligten Kreise unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen zu kämpfen haben. Die Anwesenheit von Mitgliedern verschiedener Gemeindeverwaltungen ließ aber auch erkennen, daß hier Verständnis für diese Lage vorhanden ist. Nach den begrüßenden Worten des Herrn H. Buchardt, Meißner, sprach Herr Redakteur Schumacher, Berlin, über die Abkündigungsbewegung. Herr Wagner, Leipzig, Geschäftsführer des Sächsischen Gastwirtsverbandes, verbreitete sich über den Schankstättenwesen, der bei jeder Wiederkehr schärfere Bestimmungen enthält und nun abermals die Existenz des Gastwirtsverbandes bedroht. Eindeutige Zustimmung fand die folgende, von Herrn Braubner verlesene Entschließung: „Die am 26. Januar 1923 in Meißner versammelten, weit über fünfzehnhundert Personen zählenden Arbeitsschwerer und Arbeitgeber in der Brauindustrie, dem Weinhandel, der Spirituosenfabrikation und dem Gastwirts-gewerbe lehnen den vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Schankstättengesetzes einstimmig ab. Sie erkennen an, daß gewissen Mißbräuchen des Alkoholkonsums gerade in der gegenwärtigen erubren Zeit mit aller Entschiedenheit entgegen-

gewirkt werden muß. Die in dem Schankstättengesetz vorgesehenen Maßnahmen müssen jedoch teilweise als völlig ungeeignet, zu einem anderen Teil als viel zu weitgehend und die Existenz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der genannten Gewerbe gefährdend, abgelehnt werden. Die Versammlung weist darauf hin, daß nach der amtlichen Statistik der Verbrauch an geistigen Getränken jetzt nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was vor dem Kriege im deutschen Volke konsumiert wurde. Es ist daher eine Irrführung der Deffektivität, wenn von der Abkündigungsbewegung immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, als ob gerade neuerdings ein übermäßiger Genuß sich dreifach gemacht hätte, der einschneidende Maßnahmen erforderlich. Das Gegenteil ist der Fall. Die große Masse des Volkes ist schon aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, sich im Genuß geistiger Getränke größte Beschränkung anzuerlegen, und diese Entschlossenheit wird aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten. Klarer denn je tritt die Tatsache zutage, daß es der Abkündigungsbewegung nicht nur darum zu tun ist, Mißbräuchen des Alkoholkonsums, die auch von der Versammlung verurteilt werden, entgegenzutreten, sondern vielmehr einer vollständigen Entziehung des gesamten Bundes nach amerikanischem Muster den Boden vorzubereiten. Ihr letztes Ziel ist also, auch dem erwachsenen und gesunden Menschen den anstrengenden Genuß jeglicher Art von geistigen Getränken gewaltsam zu verweigern. Hiergegen müssen sich nicht nur die beteiligten Interessenten, sondern auch alle diejenigen deutschen Staatsbürger entscheiden aufstellen, die in der Freiheit ihrer Persönlichkeit ein unantastbares Gut erblicken.“ — Die Angestellten der Brauindustrie, der Hotels, Restaurants und Cafés usw., die Brauer, Böttcher und Arbeiter nahmen noch besonders Stellung zu den auch ihre Existenz bedrohenden Vorgehens durch Erklärungen, die von den Herren Buchhalter Weimert, Oberkellner A. Weis und H. Neusch verlesen wurden. Eine weitere Erklärung verlas Herr Schüttig als Vorsitzender des Saalkreisverbandes, besonders darauf verweisend, daß den Gastwirten am Alkoholkonsum nichts gelegen sein könne.

Verurteilung wegen Beleidigung des Ministers Lipinski. Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte am Freitag als Revisionssinstanz gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Leipziger Neuesten Nachrichten Dr. Günther wegen Beleidigung des Ministers Lipinski. Bekanntlich hatte der Minister in der Landtags-Sitzung vom 2. November 1921 „Entwürfen“ über geheime Waffenlager und Geheimorganisationen in Sachsen gemacht, die von französischer Seite und besonders von dem Mainzer Stappenberg in einer den deutschen Interessen höchst nachteiligen Weise weidlich ausgeschlachtet worden sind, weil sie den Anschein erweckten, als ob Deutschland noch immer nicht entwaffnet sei. Kurz darauf und dann noch Anfang 1922 veröffentlichte das Leipziger Blatt zwei aus der Feder eines Rheinländers stammende Aufsätze, in denen gesagt wurde, daß Rheinländer könnten nicht das Gefühl unterdrücken, daß zwischen den Lipinski-„Entwürfen“ und der französischen „Sicherungskampagne“, die seit längerer Zeit seitlich zusammenfielen, ein kausaler Zusammenhang bestehe. Im zweiten Artikel hieß es, die Rheinländer müßten die Fronten begeben, die die sächsischen Unabhängigen einnehmen; Lipinski, der Antimilitarist, Pazifist und Sozialist, habe dem französischen Militarismus Defatomben geschlachtet. Außerdem wurde noch dem Minister vorgehalten, seine hohe Staatsstelle zu Vortragen mißbraucht zu haben. Das Landesgericht hat den Angeklagten zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Es hielt nicht für erwiesen, daß der Minister sich der abscheulichen Angeberei, also der Denunziation, schuldig gemacht habe. Das Oberlandesgericht hat jetzt das Urteil bestätigt, das damit Rechtskraft erlangt hat. — Das Landesgericht Leipzig verurteilte als Berufungsinstanz den Chefredakteur der „Neuen Leipziger Zeitung“, Dr. Warburg, wegen Beleidigung des Ministers Lipinski zu 4000 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils. Das Schöffengericht hatte Dr. Warburg, der den Minister als sehr kurzschäftigen Vortragsfunktionär bezeichnet hatte, in seiner Zeit freigesprochen.

Bum kommunistischen Vorkoch gegen die sächsische Regierung. Zu dem Vorkoch der Kommunisten gegen die Regierung am Schluß der Landtags-Sitzung am Donnerstag teilt die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgendes mit: Trochdem der Landtag beschlossen hatte, daß die das Vereins- und Versammlungsgesetz berührenden Fragen in einer besonderen Sitzung des Landtags am 8. Februar 1923 behandelt werden sollten, hat der kommunistische Abgeordnete Siwert in der gestrigen Sitzung des Landtags scharfe Angriffe gegen Minister Lipinski gerichtet und beantragt, dem Minister das Vertrauen durch den Landtag zu entziehen. Sein Vorgehen stützte er auf Vorträge in Dresden vom 18. Januar und auf die Wulle-Versammlung in Leipzig. Siwert bemängelte, daß in Dresden die Polizei nicht ordnungsgemäß gegen die schreienden Demonstrationen eingeschritten und daß in Leipzig trotz Verlangens der Kommunisten die Wulle-Versammlung nicht verboten worden sei. Demgegenüber ist festzuhalten,

daß wegen der Vorgänge in Dresden eine Disziplinaruntersuchung schwebt, als deren bisheriges Ergebnis Oberleutnant Saupé vorläufig seines Dienstes enthoben worden ist. Zu der Verlesung in Leipzig sei bemerkt, daß nach Artikel 123 der Reichsverfassung alle Deutschen das Recht haben, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbedenklich zu versammeln. Dieses Recht ist eingeschränkt durch das Gesetz vom Schluß der Republik vom 21. Juli 1922, nach § 14 dieses Gesetzes können Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen verboten werden, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Verfassung rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Inhalt einer Kraftbaren Handlung im Sinne der §§ 1 bis 8 des Schankgesetzes darstellen. Ueber den Begriff „bestimmte Tatsachen“ hat der Staatsgerichtshof zum Schluß der Republik Entscheidungen gefällt, aus denen hervorgeht, daß ein Verbot nicht bloß auf Vermutungen gestützt werden darf und daß das Auftreten eines Hoch als Gegen der Republik bekennenden Redners in einer Versammlung allein noch nicht genügt, um die Versammlung zu verbieten. Die Versammlung dürfte auch nicht verboten werden, weil zu befürchten sei, daß Unversöhnliche sich hineinmischen könnten. Daraus geht hervor, daß die Wulle-Versammlung nicht verboten werden konnte, solange nicht der Nachweis gelang, daß diese Versammlung das Schankgesetz für die Republik verletzen werde. Die Kommunisten haben Gegenversammlungen veranstaltet mit dem Zweck, die Wulle-Versammlung zu verhindern. Sie haben auch eine Demonstration unter freiem Himmel gegen die Wulle-Versammlung angeführt. Diese Demonstration und einen etwa geplanten Umzug der Teilnehmer an der Wulle-Versammlung, nicht aber die Versammlung in geschlossenen Räumen, hat der Polizeipräsident von Leipzig verboten. Sein Vorgehen war korrekt und gründete sich auf die Anwendung des Artikels 123 der Reichsverfassung, nach dem Versammlungen unter freiem Himmel bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden können.

Das Jagdrecht. Um zu den von der demokratischen Partei im Landtag eingebrachten Anträgen auf grundlegende Reform des sächsischen Jagdrechts Stellung zu nehmen, hatte der Arbeitsausschuß sächsischer Jagdvereine eine Versammlung der davon betroffenen Kreise nach dem Ausstellungspalast in Dresden einberufen. Zunächst sprach, wie der „Dresdn. Anz.“ berichtet, der Geschäftsleiter des Ausschusses Major v. Krampe über die wirtschaftliche Bedeutung der Jagd in Sachsen. Die sportliche Seite der Jagd sei nur eine Nebenerscheinung. Der Hauptwert der Jagd liege auf rein wirtschaftlichem Gebiete. Der Wildbestand als solcher reize einen Teil des Volkvermögens dar, der in den Wilderträgen, in dem Nutzwert der Häute und Felle und in dem Wildreit als Nahrungs-mittel liege. Diese Erträgnisse seien reine Inlandsprodukte und vergrößerten die Unabhängigkeit vom Auslande. Reich, Staat, Gemeinde und Jagdgenossenschaften bezügen aus der Jagd erhebliche Mittel. Das Gewerbe zahlreicher Industrien mit ihren Angestellten und Arbeitern hänge lediglich von der Erhaltung der Jagd ab. Die Wildschäden dürfe man nicht überschätzen, das Wild sei der beste Futtermittelverwerter. Eine Aufhebung des Jagdrechts bedeute das Ende des Wildes. Der Redner deutete sodann kritisch die demokratischen Anträge, wobei er die Verbesserungsbefürchtung des seit 1884 bestehenden sächsischen Jagdgesetzes an sich nicht bestritt, und sagte seine Darlegungen in eine Entschiedenheit zusammen, die aus wirtschaftlichen Gründen Einpruch gegen jeden Antrag in das Jagdrecht des Grundbesitzers erhebt und in der es heißt: Die Neuregelung des sächsischen Jagdgesetzes fordern sie als obersten Grundgedanken: Erhaltung eines gesunden Wildstandes. Sie erwarten, daß sachverständige Berater bei der Festlegung des Entwurfes zu einem neuen Jagdgesetz zugezogen werden, damit praktische Erfahrungen aus dem Gebiete der Jagd nutzbringend verwendet werden können.

Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, Geschäftsstelle Dresden, wird uns mitgeteilt, daß der Demobilisierungskommissar nunmehr den gegen den Arbeitgeberverband für Riesa und Umgebungen gefällten Schiedsspruch vom 5. d. M., wonach die Dezember-Gehälter gegenüber dem November um 60 Prozent erhöht wurden, für verbindlich erklärt hat.

Ein sozialdemokratischer Antrag an den Landtag. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat einen Antrag eingebracht, in welchem gefordert wird, die sächsische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die durch die Befreiung des Ruhrgebietes geschaffene außerordentliche Notlage durch folgende Maßnahmen gemildert wird: Durchschiebung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, sofortige Einstellung der Einkommensteuer, Vorausbegleichung von Steuern, sofortige Erhöhung der Steuerermäßigungsbeiträge der Gehalts- und Lohnsteuer, sofortige Ablieferung der eingesetzten Steuern an die Finanzämter, Wegfall der Kohlensteuer für die Hausbrandkohle, Verbot der Doppelbeschäftigung, Kontrolle der Arbeitsbeschäftigung und Betriebsstilllegung, Rationalisierung der wichtigsten Lebensmittel für die Notzeit, Beschleunigung ohne

Entschädigung bei Uebertretung der Höchstpreise, höchste Strafbestimmungen für Uebertretungen der Höchstpreise, Beschaffung, Erhaltung und gleichmäßige Verteilung von Industrie-, Betriebs- und Rohstoffen. Die sächsische Regierung soll weiter beauftragt werden, die an die Reichsregierung zu richtenden Forderungen, soweit es möglich ist, sofort für den Dreimonat Sachien durchzuführen.

8. Sächsische Landwirtschaftliche Woche, 8. Tag. Nach vierstündiger wissenschaftlicher und beruflicher Arbeit versammelten sich die zur Landwirtschaftlichen Woche nach Dresden gekommenen Landwirte am Freitag mittag noch einmal zu einer Impassanten, vom Sächsischen Landbunde einberufenen Versammlung im Circus Carreant. Das mächtige Zirkusgebäude war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die ehemaligen Doctortrompeter eröffneten die Veranstaltung mit dem Blasen des Liedes „Das treue deutsche Herz“. Darauf betrat der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Landtagsabgeordneter Pagenstecher, das mit den sächsischen Landesherrn und dem Landbundeswappen (drei Ähren) geschmückte Pult und führte nach begrüßenden Worten an die Gäste und die Vertreter sächsischer landwirtschaftlicher Vereinigungen und des Landwirtschafterverbandes u. a. aus: Das deutsche Volk hat wie kein anderes Volk durch das Einigenkommen in der Erhaltungspolitik den ehrliehen Willen zum Völkerverständnis gezeigt; aber der schamlose Verstoß gegen den durch offenbarte Vernichtungswille Frankreichs haben das deutsche Volk endlich zur nationalen Einigung zusammenschweißt. Der Bauernschaft erwächst die Verpflichtung zu intensiver Produktion, um unser Volk in seiner Ernährung vom Ausland unabhängig zu machen. Redner gedachte dann der beiden verstorbenen Rämpen der Sächsischen Landwirtschaft, Eggenberg Dr. Weinert und Oekonomierat Schmidt, zu deren Gedächtnis sich die Versammlung erhoben, während die Doctortrompeter: „Ich hatt' einen Kameraden“ bliesen. Das Wort „Der König ist tot, es lebe der König!“ übertrug er und sagte: Gott gebe uns wieder einen „Schmied“, der durch kräftige Hammerschläge uns zu nationaler Einheit zusammenschweißt. Unter großem Beifall erklärte der Redner dann, daß der Sächsische Landbund bereits über 1 Million Mitglieder zähle und der Deutschösterreichische Landbund sich ihm angeschlossen habe. Mit ihrem Grusse an die brave Ruhrbevölkerung habe die Bauernschaft ihr unermüdeliches Lebensmittel aufkommen lassen. Nach der Rede trat Frau Gramsch-Meiser ein tiefempfundenes Gedicht „Ein deutsches Mahnwort“ vor. — Reichstagsabgeordneter Dr. Pagenstecher führte u. a. aus: Der Vernichtungswille Frankreichs habe das Gegenteil erzeugt, was Voltaire wollte, die internationalen Verbündeten schloßerten am deutschen Herz, deutschen Sinn, deutschen Geistes. Völkerverständnis sende wir unseren Landleuten, die die gemeinsame Abwehrung nicht verweigern, sondern eine in der deutschen Geschichte einzig bestehende Würde wahren. Dank gebührt vor allem auch der Reichsregierung, die Stahl im Rückgrat besitze. Wir wollen und wir hoffen aus der Trauer und zu Taten nationaler Aufrichtung schreiten! Die deutsche Landwirtschaft will freudigen Gernens ihr Vieh hingeben für ihr deutsches Volk, aber keinen Pfennig für die Reparationen. Wir warten auf das Kaufschon der Zeit. — Es sprach noch Abgeordneter Schreiber-Milch, der Vorsitzende des Bundes junger Landwirte, und ein Vertreter der Bauernhochschule. Im Schlußwort teilte Abgeordneter Pagenstecher noch mit, daß der Sächsische Landbund den Wert von 1000 Zentner Roggen der Reichsregierung für die Ruhrbevölkerung zu bewilligen habe. — Dann wurde unter körnlichem Beifall folgende Entschließung angenommen: Der Sächsische Landbund erhebt schärfsten Einspruch gegen den verbrecherischen Einbruch der französischen und belgischen Horden in friedliches deutsches Gebiet. Wir danken der Reichsregierung für ihr deutsches Verhalten und rufen dem Reichsanwalt zu: „Gott, bleibe hart!“ Unsere Brüder im Ruhrgebiet werden wir noch besser Kraft und mit freudigem Herzen unterstützen. Ihr mannhaftes Verhalten gibt uns die Hoffnung, daß ihr Kampf dem ganzen geliebten Vaterlande die baldige Befreiung von den Fesseln des Verfeindeten Vertrags bringen möge. Haltet aus! — Zum Schluß erhoben sich die Tausende und sangen lebend das Deutschland-Lied. — Mit dieser eindrucksvollen Versammlung und patriotischen Kundgebung fand die Grüne Woche der sächsischen Landwirtschaft ihren harmonischen Ausklang.

9. Kreisversammlung. In der öffentlichen Sitzung des Kreisbauvereins Dresden am Freitag unter dem Vorsitz des Kreisbauvereins Dr. Krug u. Nöbe und v. Falkenstein wurde die Beschlußfassung über einen Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung für Riesa (Sozialabgabe) und eine Abgabenordnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Rosenhain (Wohlfahrtsabgabe) ausgelegt bis zur Genehmigung des Reichsrates über die Zulässigkeit solcher Gemeindefeuerungen.

10. Nebenbeschäftigung der Bauhul- Lehrer. Das sächsische Wirtschaftsministerium warnt mit Rücksicht auf die Notlage der freien Berufs der Bauhul- Lehrer davor, bei der Uebernahme von nebenamtlicher Tätigkeit in allen Marken Weidewerks mit ihrem im freien Erwerblichen tätigen Vermögenswerten, den Arbeitstitel, zu treten. Wie jeder Lehrer, der technischen, architektonischen und kunstgewerblichen Unterricht erteilt, müsse auch der Bauhullehrer selbst bauen, damit er beruflich auf der Höhe und seinen Schülern ein guter Vorbild sei. Aber augenblicklich sei die Not der Zeit härter als diese Ermahnungen, und es sei sehr unerlässlich, daß jeder Bauhullehrer seine nebenamtliche Tätigkeit auf ein Mindestmaß einschränke. Andernfalls müßte das Wirtschaftsministerium, um die betroffenen Berufsstände zu schützen, ein vollständiges Verbot jeder Nebenbeschäftigung aussprechen. Das Wirtschaftsministerium erinnert noch daran, daß es diesen Standpunkt bereits in einer Verordnung vom 20. Juni 1922 angenommen hat, die künftig mehr als bisher angewendet werden soll.

11. Eine Vorlage über die Schulferien. Eine dem Landtage zugegangene Regierungsvorlage geht auf Aufhebung von § 12 Abs. 8 des Volksschulgesetzes vom 26. April 1878 und von § 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Gymnasien usw. vom 22. August 1878. Eine wesentliche Änderung der Ferien ist nicht in Aussicht genommen; die Aufhebung jener Vorschriften bezweckt nur, dem Verordnungswege im Kultusministerium freie Bahn zu lassen (nach dem Beispiel der dem Wirtschaftsministerium unterstellten Schulen), damit die von den Ländern auf Grund der Beratung des Reichsausschusses vom 9. Juni 1921 getroffenen Vereinbarungen in Sachen durchgeführt werden können, die folgendermaßen lauten: Die Dauer der Schulferien beträgt im ganzen sechs Wochen (einschließlich der darin enthaltenen Sonn- und Feiertage). Es bleibt den einzelnen Ländern überlassen, die Ferien in dieser Gesamtdauer auf das Schuljahr zu verteilen. In Sachen sollen jährlich vor Beginn des neuen Schuljahres die jeweiligen Ferientage bestimmt und bekanntgegeben werden. Eine Änderung wird in wesentlichen nur für die Sommerferien geplant, die nach Befinden etwas verlängert werden.

12. Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungen. Der Haushaltsausschuß B des Landtages behandelte eingehend die Fragen der Erwerbslosen- und Sozialrentner-Unterstützungen. In einem hierzu gehaltenen Beschlusse wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung auf eine Verbesserung der Unterstützungsätze und auf eine beschleunigte Auszahlung eintretender Erhöhungen hinzuwirken. Als Unterstützungssätze werden in dem Beschlusse vorgeschlagen: In Klasse A: Für männliche Personen: a. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalte eines

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 26932 Mark.

anderen leben, 1900 Mark, b. über 21 Jahre, sofern sie im Haushalte eines anderen leben, 900 Mark, c. unter 21 Jahre 720 Mark. Für weibliche Personen: a. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalte eines anderen leben, 1020 Mark, b. über 21 Jahre, sofern sie im Haushalte eines anderen leben, 810 Mark, c. unter 21 Jahre 600 Mark. Als Familienzuschläge: a. den Ehegatten 720 Mark, b. für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige 540 Mark. — Die bisherige Abstuftung der Unterstützungsätze in den übrigen Klassen ist zu verringern. Die Bezüge der Sozialrentner sind um 500 v. G. zu erhöhen. Mit der Erhöhung der Gehälter und Bezüge der Reichsbeamten sind gleichzeitig die Unterstützungsätze für Erwerbslose und Sozialrentner jeweils um dieselben Hundertsätze zu erhöhen, um die Gehälter der Reichsbeamten erhöht werden. Der Höchstbetrag der Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, ist auf insgesamt das Dreifache der ihm auswärtsigen Unterstützung zu erhöhen. Die Wartelöhne der Arbeitslosen für Unterstützungsbezüge soll wegfallen.

13. Zeitbain-Bayer. Der hier bestehende Männergesangsverein „Eintracht“ hat anlässlich seiner Aufnahmeprüfung in den Sängerbund Meißner Land, die durch Herrn Kirchenmusikdirektor Bläser, Großenhain am vorigen Mittwochabend in der Kantine Steinert stattfand, unter seinen Mitgliedern eine Zellerfassung für die bedrängten Deutschen im besetzten Gebiet vorgenommen, die 10000 Mark erbrachte.

14. Dresden. Der Verein der Eisbahnbesitzer von Dresden und Umgebung hat in seiner letzten Sitzung festgestellt, daß seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet keine Franzosen und Belgier in den Dresdener Eisbahnen aufgenommen worden sind. Die von der Entente kommandierten Vertreter sind aufgefordert worden, ihre Zimmer bis zum Sonnabend zu räumen. — In der Hauptversammlung der Dresdener Eisbahnbesitzer wurde beschlossen, die Unterhaltung der Eisbahnen in der Zeit vom 7.—15. Juli ebenfalls zu betreiben, falls sich eine genügende Anzahl Zuschauer meldet.

15. Freital. Auf dem hiesigen Bahndamm wurden am Donnerstag früh drei Männer festgenommen, die drei Löwen bei sich führten, die aus einem Einbruch in ein Bauerngehöft in Kleinwaltertsdorf bei Freiberg herrührten. Beim Transporte vom Bahndamm nach der Volkswache entflohen die Verbrecher, zwei entkamen, während einer festgenommen werden konnte.

16. Bischofswerda. Festgenommen wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein russischer Staatsangehöriger, angeblich aus Kiew, der sich nicht im Besitze eines gültigen Grenzpaßes befand und für etwa 60 Millionen Mark Schmuckstücke (goldene Uhr, Uhrenten, Klemmer, Armband, Ohrringe, verschiedene Brillanten usw.), sowie für gegen 70 Millionen Mark ausländisches Bankgeld und Einbruchsbandwerkzeuge bei sich hatte. Rechnungen von Edelsteinen, Messer- und Jüdenverfälschungen führte er bei sich. Ueber die Herkunft der Gegenstände verweigert er jede Auskunft.

17. Böbau. Der 20 Jahre alte Gärtner Martin Müllisch aus Oberriedersdorf lernte auf der Eisenbahnfahrt einen feingekleideten älteren Herrn kennen, der angeblich im Dresdener Vorort Weißer Hirsch eine Villa zu besitzen und großes Interesse zeigte, den jungen Müllisch unter allerlei Verprechungen als Gärtner in seinen Dienst zu nehmen. Müllisch willigte ein und fuhr am anderen Tage nach Dresden. Sein „Dienstherr“ erwartete ihn persönlich am Hauptbahnhof und lud ihn ein, in ein bereitstehendes Auto zu steigen. Die Reise ging aber nicht nach „Weißer Hirsch“, sondern in das Hotel „König Anton“ am Wettiner Bahnhof, wo für den jungen Mann schon ein Zimmer eingerichtet war. Als den Müllisch dort seine Mutter gelegentlich besuchen wollte, fand sie ihren Sohn erst nach Mühen in ganz veränderten Zustand in Begleitung eines älteren Herrn. Es machte den Eindruck, als ob der junge Gärtner in seiner Willensfreiheit beeinträchtigt sei, da er auf die Fragen der Mutter nur ganz kurz antwortete. Die Frau wollte auf dem Hauptbahnhof noch etwas erledigen, um dann mit Hilfe der Polizei die Befreiung ihres Sohnes zu erwirken. Doch als sie in das Hotel zurückkehrte, waren Müllisch und der Fremde verschwunden. Erst nach Wochen tauchte der junge Mann plötzlich im Elternhause wieder auf. Er erklärte seinen Eltern, daß er in betäubten Zustand nach dem Dresdener Hauptbahnhof gebracht worden sei und erst kurz vor Magdeburg die Bestimmung wiedererlangt habe. Dort habe er die Polizei von dem Vorfall verständigt, und dadurch seine Befreiung aus den Händen der französischen Agenten bemerkt.

18. Bad Gottleuba. Der Stadtmagistrat ist dem Beschluß des Bauausschusses auf Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die hiesigen Erwerbslosen durch Inbetriebnahme der hiesigen Steinbrüche beigesteuert und hat beschlossen, sofort die nötigen Schritte zur Sicherstellung der Beihilfen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzuleiten, die Genehmigung eines Darlehens bis zu 5000000 Mark nachsuchen und hierauf erst mit den Arbeiten zu beginnen. Der Unternehmer soll verpflichtet sein, neben der erforderlich werdenden Aufsichtsperson nur hiesige Erwerbslose, und zwar solche, die ihm vom hiesigen Arbeitsnachweis zugewiesen werden, einzustellen.

19. Chemnitz. Der Rat beschloß, unverzählig Linienenden der Straßenbahn hinaufzulegen und den Abendbetrieb um eine Stunde zu verkürzen, außerdem sollen in verkehrsreichen Stunden weniger Wagen verkehren.

20. Annaberg. Der 20jährige Wader aus Dittersdorf bei Chemnitz brach in die Schneidemühle von Säß & Hahn in Reudorf ein und änderte, um den Einbruch zu verwickeln, leicht entzündbare Gegenstände an. Er wurde auf dem Bahndamm verhaftet, als er mit zwei polizeiwachen Auswärtigen eben abziehen wollte. Er hat eingestanden, zweimal in der Winterstraße am Vichtelberg eingedrungen zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung in Dittersdorf fand man Gegenstände, die von etwa 50 Diebstählen herrühren, vor.

21. Weidenberg. Bei den letzten Holzauktionen wurden Durchschnittspreise von 50000 bis 70000 M. für 1 Festmeter erzielt. Die Verkaufspreise für Brennholz aus dem hiesigen Walde werden den Preisen in den Staatswaldungen gleichgestellt mit 50 Prozent Nachschlag für Widerstandmittel, für die übrigen Einwohner für denselben Preis mit 1000 M. Zuschlag für den Festmeter.

22. Treuenitz. Ein Treuerer, Reinhold Döcker, war 1921 nach Duisburg gereist, um dort in Arbeit zu treten. Seit Jahresfrist aber hatten die Eltern nichts wieder von ihm gehört, so daß sie ihn verloren glaubten. Erst dieser Tage erzielte sie wieder das erste Lebenszeichen von ihm. Er war 77, Monate in französischen Händen und die letzte Zeit als Fremdenlegionär den französischen Truppen in Ostindien eingereiht.

23. Oels n. l. W. Donnerstag früh brach, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit beim Feuern, in der Vereinsbrauerei ein Brand unter dem Dache des Malzgebäudes aus, der von den Angehörigen und dem Personal der Brauerei selbst, bevor die Feuerwehr ankam, gelöscht werden konnte. Immerhin ist der Schaden bedeutend, denn es sind allein etwa 100 Hektner Malz (ein Hektner Malz kostet heute 25000 M.) sowie die Malzgarre ein Raub der Flammen geworden.

24. Tauen i. B. Ein Bäckermeister hatte seinen neunjährigen Sohn beauftragt, auf einem Schiffe einen Sack Weizen zu holen. Das Geld, 46500 Mark, brachte er in eine

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

Erstklassig Fleisch und Fett.
Nur mit kochendem Wasser übergießen, geben sie kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Würstchen oder Verlanggen von Suppen und Soden aller Art.
Nur echt mit dem Namen **Maggi** auf der roten Packung.

25. Die Ausführung seines Auftrages wollte der Kleine aber noch ein wenig. Dabei hat er, wie er später bemerkte, das Geld verloren.

26. Witten. Die Spenden für das Ruhrgebiet gehen auch im Westlande in nicht zu unterschätzender Höhe ein. Die Sammlung des „Wohl. Anzeigers“ hat die jetzt 4 Millionen M. ergeben. In Reichenbach haben 4 Firmen je 1 Million, drei weitere Firmen je eine halbe Million gesammelt.

27. Witten. Bei einem hiesigen Schneidermeister kauften zwei Unbekannte Stoffe im Betrage von über 400000 Mark und bezahlten sie mit zwei Noten, die sie als schweizerische Franken bezeichneten. Diese angeblichen Schweizerfranken erwiesen sich aber als nämlich wertlos französische Assignaten. Vor den Schwindlern, die schon in verschiedenen Städten aufgetreten sind, wird eindringlich gewarnt.

28. Leipzig. Der Seniorschef der Maschinenfabrik Rudolph Sack in Leipzig-Magwitz, Rudolph Sack, ist an den Folgen eines Herzleidens im 80. Lebensjahre gestorben. Er hatte sich hauptsächlich der Verwirklichung des landwirtschaftlichen Maschinenbaus gewidmet. Die Fabrik hat sich aus kleinen Anfängen zu einer Weltfirma mit tausender von Arbeitern entwickelt. — Aus einer Brauwaren-Fabrik in Leipzig-Untendamm haben Einbrecher für über 5 Millionen M. Felle gestohlen; die sich noch in halb-fertigem Zustande befinden.

29. Greiz. Donnerstag kam es vor dem Gebäude des sächsisch-thüringischen Arbeiterverbandes zu großen Tumulten. Während im Verbandsgebäude Verhandlungen über Lohnfragen stattfanden, sammelte sich vor dem Gebäude eine tausendköpfige Arbeitermenge und drang in das Gebäude ein. Hier verlor sie die Verbandsbeamten und beschädigte die Einrichtung des Beratungszimmers. Unter dem Druck der Gewalt wurde schließlich ein Spigenlohn von 800 Mark bewilligt.

Die Verdrängung der Geldwertwertung in den Steuergeleben.

Die immer schneller fortschreitende Geldwertwertung hat bisher zu immer neuen Änderungen der Steuergeleben Veranlassung gegeben, durch die diese sicherer nicht an Heber-schicklichkeit und Verschwendung gnommen haben. Um solche Änderungen nach Möglichkeit zu vermeiden, hat das Reichsfinanzministerium dem Reichstage sodann einen Gesetzentwurf über die Verdrängung der Geldwertwertung in den Steuergeleben vorgelegt. Es handelt sich vor allem darum, daß die Bewertung des zu besteuerten Objektes und schließlich auch die festgesetzten Strafen von der Geldwertwertung unabhängig gemacht werden, sich ihr vielmehr systematisch anpassen. Da die Reichsregierung es abgesehen hat, auf dem Gebiete der Steuern anstelle der Markt einen anderen stabilen Wertmaßstab einzuführen, solange nicht die ganze Wirtschaft wieder eines stabilen Wertmaßstabes besitz, so blieb nur der Weg übrig, bis zur erfolgten Stabilisierung der Markt auf dem Gebiete des Tarifwesens durch jeweilige Tarifänderungen der Geldwertwertung Rechnung zu tragen. Das geschieht durch das vorliegende Gesetz, soweit es nicht bereits durch Abwesenheit zu den bestehenden Steuergeleben geschehen ist, also insbesondere für die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Kapitalertragsteuer, die Kettsteuer und Lotteriesteuer, die Kapitalertragsteuer, die Vermögenssteuer sowie für die Verdrängung der Geldwertwertung durch jeweilige Tarifänderungen der Geldwertwertung Rechnung zu tragen.

Das Gesetz schafft das Anbahnungsgesetz für die Bewertung von Vermögen, Einkommen und so weiter. Bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Erbschaftsteuer, der Vermögenssteuer und der Branganzsteuer werden eine Anzahl Änderungen für die Bewertung der Betriebvermögen, der Wertpapiere usw. vorgeschlagen, die insofern Änderungen bedeuten, als die in den Gesetzen festgesetzten Bestimmungen zwecks Berücksichtigung der Geldwertwertung dehnbar gestaltet werden.

Ein besonderes Ziel des Gesetzentwurfes ist die Herbeiführung eines vollständigen Einkommens der Steuern, damit vermieden wird, daß der Fiskus die Steuerleistungen regelmäßig nur in entwertetem Gelde erhält. Der Entwurf enthält deshalb, wenn eine Zahlung aus Grund des Einkommens, des Körperschafts-, des Vermögens-, der Erbschafts- und des Umsatzsteuergeleges nicht rechtzeitig entrichtet wird, für jeden auf die Fälligkeit folgenden Monat die geschuldeten Beträge um je 10 Prozent des Rückstandes. Diese Erhöhung wird unter dem Namen Zuschlag eingeführt. Kleinere Rückstände sollen nicht mit Zuschlag belegt werden. Als unterste Grenze ist der Betrag von 10000 Mark angenommen. Auf die Zwangsansätze soll kein Zuschlag erhoben werden, weil hier bereits bei der Festsetzung des Zahlungspreises der Zahlungstermin berücksichtigt worden ist. Daneben sind für die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer und die Umsatzsteuer noch besondere Maßnahmen vorgelegen, die eine beschleunigte Steuerzahlung gewährleisten sollen. Gleichseitig mit diesen Bestimmungen zur Berücksichtigung der Geldwertwertung bringt der Gesetzentwurf auch eine Befreiung der Verpflichtung der Banken zur regelmäßigen Einrechnung von Kundenzeichnungen an die Finanzbehörden sowie die Aufhebung des Depotzwanges für die Inhaber von Wertpapieren. Das Gesetz soll grundsätzlich am 1. Februar 1923 in Kraft treten.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 27. Januar 1923.

Der Brief der Reparationskommission.

Paris. Der von Barthou und Delacroix unterschriebene Brief der Reparationskommission an die deutsche Regierung hat folgenden Wortlaut:
Durch die Briefe der Kriegsschadenkommission vom 14. und 27. November 1922 suchte die deutsche Regierung die Reparationskommission um Entbindung von allen Zahlungen und vom größten Teil der Gewährleistungen für drei oder vier Jahre nach. Am 18. Januar teilte die Reparationskommission der Kriegsschadenkommission mit, daß sie den Zahlungstermin vom 15. Januar auf den 21. verlängern würde. Am gleichen Tage notifizierte die deutsche Regierung der Reparationskommission, daß sie alle Sicherungen auf Reparationskonten an Frankreich und Belgien einziehen werde. Tatsächlich haben alle Sicherungen an diese Mächte entzogen. Die Reparationskommission hatte heute nach

den Bestimmungen und im Sinne des Paragraphen 17 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 1. April 1911...

Die Verhängung des Belagerungszustandes über Bayern.

München. Im Zusammenhang mit der Verhängung des Belagerungszustandes trat das Gesamtministerium...

München. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren aus zuverlässiger privater Quelle...

Die Münchener Blätter teilen mit, daß an eine Verhängung des Belagerungszustandes vorläufig nicht gedacht wird...

Die englische Kabinetsitzung.

London. Gestern nachmittag fand in der Downingstreet eine Kabinetsitzung statt...

Bermischtes.

Die Bluttat in der Gebirgsbaude. Bei dem Funde der drei Leichen in einer Baude auf der böhmischen Seite des Riesengebirges...

Einstrich einer Wand. Infolge des eingetretenen Tauwetters fürzte beim Neubau eines Kesselhauers in Weiba (Thüringen) eine Wand ein und begrub fünf Maurer unter sich...

Nähergattungsbrandung.

Von Georg Schumann, Bremen. Gegen Nachmittag hatte sich der Wind bei fallendem Glas nach Westen gedreht...

des Einstrichs sind in den Witterungsverhältnissen der letzten Tage zu suchen.

Der Silberdiebstahl im Sonderhauser Schloß. Im Landtag für Thüringen gab Justizminister Dr. Rittweger über den großen Silberdiebstahl in der Silberhammer des Sonderhauser Schloßes...

Ernte im Januar. Aus Hannover-Münden wird uns geschrieben: Im sogenannten Obergiecht, dem südlichen Teile des Mündener Kreises...

Im Tode verurteilt. Das Volksgericht verurteilte den Vorsekretär Leberer und den Vorsekammerer Meusel...

Verdrüben aus Glas. So unwahrscheinlich es auch klingt, so hat man doch mit gläsernen Verdrüben die besten Ertragsergebnisse erzielt...

Die verärrerten Lippen. Man glaubt gewöhnlich den Charakter eines Menschen am besten aus seinen Augen zu erkennen...

Der Futterbau und die Ausbildung des Knochengestütes beim Vieh.

Von Dr. phil. Hans Walter Schmidt. Die Knochensubstanz, das Skelett ist ein Teil des Tierkörpers, dessen Wichtigkeit klar auf der Hand liegt...

heraus, dem Vieh möglichst Raif zu geben, um die Knochenmasse sich kräftig ausbilden zu lassen.

Bei diesen kritischen Untersuchungen durch die Praxis ging man aus von dem Vernunftgrundsatz, daß die gute Ausbildung eines bestimmten Teiles eines lebenden Körpers...

Nicht die spezielle Fütterung etwa mit kalkhaltigen Kraftfuttermitteln kommt hier in Frage, sondern die Gesamterfütterung des Tieres.

Auf dem Futterbau basiert demnach die Pflege des Skeletts genau so, wie die Entwicklung des gesamten Tierkörpers.

Besonders bei der Futterpflanze ist eine rationelle Volldüngung vorzunehmen. Wohl reicht zu dieser der Vorrat an Naturdünger nicht aus.

Durch diese Erwägung wird es un schwer der Tierzüchter erkennen, daß bei normaler, guter Fütterung auch das Knochengestüt im Tierkörper ohne Spezialmittel...

Fortwährend

werden Bestellungen auf das Rieser Tageblatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständiges Postamt oder an seinen Briefträger...

welches? — Böhmisch haben fieberhaft Gedanken — Berechnungen — Vermutungen. Das saße Leuchten brandender See läßt sie sich erharren...

ball auf brodelndem Rücken und kann sich nicht genug tun in ihrem Unglück, das Rettungswert zu hindern.

Zur Aufklärung!



Es wurde in letzter Zeit häufig versucht, gestricke Anzüge, die nicht von uns hergestellt waren, als „Bleyle's Knabenanzüge“ oder „Bleyle's Sweater“ zu verkaufen. Wir warnen vor dieser mißbräuchlichen Benützung unseres Namens und des guten Rufs unserer altbewährten Fabrikate. Das kaufende Publikum achte streng darauf, daß bei jedem einzelnen Stück der Name „Bleyle“ und nebenstehende Schutzmarke angebracht ist.

Nicht jeder gestricke Anzug ist ein Bleyle-Anzug.

Wilh. Bleyle, G. m. b. H., Stuttgart

Alleinige Herstellerin von Bleyle's Fabrikaten.

Die nächstgelegene Verkaufsstelle wird auf Wunsch durch die Fabrik mitgeteilt.



Hotel Höpfner.

Dienstag, 30. Januar — Anfang 8 Uhr
die berühmten **Styfkollpalast-Sänger.**
Noch nie gehörtes Programm, Tränen
über Tränen werden gelacht.
Vorverkauf bei Abendroth, Hauptstraße
und Wittig, Wettinerstraße.

Einem geehrten Publikum von Riesa
und Umgegend hierdurch die er-
gebene Mitteilung, daß ich mit dem
4. Januar 1928

Herrn Paul Kristen

als Teilhaber in meine Firma aufge-
nommen habe. Indem ich bitte, daß
mir in meinem Unternehmen geschenkte
Wohlmöbel auch meinem Teilhaber
entgegenzubringen, wird es auch ferner-
hin das Bestreben der Firma sein, sich
das volle Vertrauen der geehrten Kund-
schaft zu erwerben.

Emil Fechner

Korbmöbel-Zentrale Riesa
Wettinerstraße Nr. 32.

Erfurter

Gemüse- u. Blumensämereien

in sortenreicher u. hochfeinmöglicher Ware eingetroffen.
Sobaldiger Einkauf der großen
Anpflanzung wegen zu empfehlen.

Ernst Moritz, Samenhandlung
Hauptstr. 2 — Fernspr. 117.

Oskar Goldberg

Elisabeth Goldberg geb. Raffs

zeigen ihre am heutigen Tage
stattgefundene Vermählung an

Olbernhau—Riesa, 27. Januar 1928

Die Verlobung ihrer Kinder

Doris und Paul

geben wir hierdurch bekannt.

Robert Kretschmer u. Frau
Geschäftsführer C. Köhler u. Frau.

Gröba. Rostock.

Meine Verlobung mit

Fräulein

Doris Kretschmer

erlaube ich mir hierdurch
anzukündigen.

Paul Köhler.

Gröba, 28. Januar 1928.

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend 1/6 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krank-
sein unsere herzengute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Frau Ida verw. Möbius geb. Wilhelm

im 74. Lebensjahre.

Pransitz, Heyda und Rauba, den 25. 1. 1928.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beisetzung findet Montag, den 29. Januar, nachmittags
3 Uhr vom Trauerhause in Heyda aus statt.

Wettiner Hof Café Central

Sonntag, 28. Januar, 4 Uhr
vernehmbar
Ballbetrieb.

Sonntag, den 28. Januar 1928
Frühchoppen-
Künstler-Konzert.

Die stark besetzte anerkannt erstklassige Hauskapelle bringt die neuesten Schlager
für Riesa. — Beckler-Ausschank.
Um recht regen Zuspruch bittet W. Franke.

Sonntag von 4 Uhr an
der führende **BALL.**

Hotel Höpfner

Sonntag, den 28. Januar, 4 Uhr
vernehmbar
Ballbetrieb.

Die stark besetzte anerkannt erstklassige Hauskapelle bringt die neuesten Schlager
für Riesa. — Beckler-Ausschank.
Um recht regen Zuspruch bittet W. Franke.

Autowerkstatt Riesa

F. Böhm & Co. — Telefon 725 und 145
werden **Reparaturen** jeder Art an **Automobilen,**
Motorpflügen und **Motorrädern** zu schneller
und fachgemäßer Ausführung unter Garantie übernommen.

Hotel Stern

Sonntag, den 28. Januar

Feiner Ball.

Neue verstärkte Hauskapelle.
Neueste Schlager.
Banfaren. Banfaren.
— Anfang 4 Uhr. —

Großstadt=Diele.

Ergebenst ladet ein G. Otto.

Café Promenade.

Morgen Sonntag Künstler-Konzert.
Schneider — Kreyß.

„Admiral“ Bobersen.

Sonntag, den 28. Januar

grosse Ballmusik.

Anfang 5 Uhr. — Saal geheizt.

Gasthof Gröba.

Sonntag, den 28. Januar

feine öffentl. Ballmusik.

Es ladet ganz ergebenst ein Paul Grohe.

Waldschlösschen Röderau.

Morgen Sonntag — Anfang 5 Uhr

öffentl. Ballmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein Alfred Jentsch.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, 28. Januar, von 5 Uhr an

große öffentl. Ballmusik.

Dazu ladet freundlichst ein Oskar Wähler.

Gasthof Jahnishausen.

Sonntag, 28. Januar

Ballmusik.

Volksbund der Deutsch-Deckerreicher. Einladung.

Zu dem am Sonntag, 28. Januar, im „Anker“,
Gröba, stattfindenden
Winterberggängen
bestehend aus Theater, Ball und sonstigen Ueber-
raschungen, werden die Mitglieder nebst werten An-
gehörigen höflichst eingeladen. Saal gut geheizt.
Anfang 5 Uhr. Das Komité.

Bereinsnachrichten

Artillerie, Pioniere und Train. Donnerstag, 1. 2.,
8 Uhr abends außerordentlich Generalversamm-
lung im Kronprinzen. Wichtigste Tagesordnung:
Frauenverein Gröba. Dienstag, 30. 1., 7/4 Uhr
Sauptversammlung bei Delemani.

10. und 11. Februar

Sächsischer Kulturtag in Riesa.

Zur Konfirmation empfehle
Pringschrode, Gemdhofen, Weinleider
Tag- u. Nachtheiden, Untertailen usw.
nach dem neuesten Favorit-Schnittmuster
angefertigt.

F. Gaertner, Gröba, Schulstr. 11.

Dacharbeiten.

Bestellungen für dieses Jahr bitte ich
schon jetzt anzugeben,
Großes Lager sämtlicher
Bedachungsmaterialien.

Ost. Geher, Dachdeckermeister.

Elektrotechnik und Mechanik!

Wir übernehmen und empfehlen:
Ausführung von
Licht-, Kraft- und
Klingelanlagen
mit bestem Material

Lieferung von
Motoren mit Kupfer-
wicklung, Anlassen,
Mechanismen

Reinigung von Motoren
Reparatur sämtl. elektrischer Apparate schnell und
preiswert — Sicherungsmaterial — Glühlampen
für 110 und 220 Volt in allen Mengenstücken und
Formen — Beleuchtungslampen aller Arten —
Sicht-, Bügelisen und Kochöfen.

Blum & Gaertner, R.-G., Gröba
Georgplatz 8 — Fernruf Amt Riesa 623.

Sportplatz Lindenstraße.

Morgen 3.15 Uhr
Döbholzer Sport-Club 1 geg. V. I. B. Riesa-Gröba 1.

Meine Verlobung mit Fräulein

Walla Hecht
gebe ich zugleich im Namen der Eltern zur
Hierdurch bekannt.

Max Dewaritz.
Rautig / Br 514, 28. Jan. 1928.

Schöne Aepfel

nochmals eingetroffen.
B. Oidert, Obsthandlung,
Bismarckstr. 28.

Gasthof Sageritz

Sonntag Ballmusik.

Gasthof z. Hoh, Rogewitz.

Sonntag, den 28. Januar
grobes Preis-Gesell.

Man verlange überall

Radeberger Bier!

Für die vielen Beweise
der Teilnahme beim Geim-
gange unserer lieben Mut-
ter lagen allen
berzichtigten Dank.

Oelfig, 27. Januar 1928.
Familie Tzieme.

Die heutige Nr. umfaßt
8 Seiten.

Die Zolllinie um das Ruhrgebiet.

Das abgelehnte Moratorium.

Volcarrs Politik ist längst ausschließlich dahin gerichtet, den Forderungen der französischen Nationalisten nach einem möglichst scharfen Kuffreten gegen Deutschland nachzukommen. Aber bei der künftigen Berücksichtigung der Maßnahmen und der Tonart der französischen Revolution sind naturgemäß die Grenzen erreicht, die in der Politik nicht überschritten werden dürfen, wenn der allzu scharf geschnittene Bogen nicht zerbrechen soll. Volcarr hat sich mit brutaler Gewalt die Wänder angeeignet, die er als Gegenleistungen für die Gewährung eines Moratoriums beanspruchte. Er kann diese Wänder freilich bisher wegen des positiven Widerstandes der privaten Eigentümer nicht zu Weib machen. Aber was er verlangt hat, hält er bereits in der Hand. Der belagerte Antrag an die Reparationskommission, die Entscheidung über das deutsche Moratoriumsgesuch zu vertagen, bis sich die Lage im Ruhrgebiet geklärt hat und erwiesen ist, ob Frankreich aus dem Ruhrgebiet Nutzen ziehen kann, war also durchaus logisch und auch vom Standpunkt Belgiens und Frankreichs aus sachgemäß. Volcarr aber versucht in seinem blühenden Eifer, den künftigen französischen Nationalisten zu belassen zu sein, diesen Vertragsantrag noch zu übertrumpfen und ihm eine besondere Spitze gegen Deutschland zu geben. Er verlangt nämlich, daß die Reparationskommission nochmals beschleibe, daß Deutschland sich einer vorläufigen Rückzahlung des Vertrages schuldig gemacht habe und daß deshalb der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft trete. Was kann durch diesen Beschluß erreicht werden? Der erste Teil des französischen Antrages ist nur eine Wiederholung, da Volcarr ja bereits zweimal die von ihm geforderte Rückzahlung der Reparationskommission eine Verletzung Deutschlands hat feststellen lassen. Diese dritte Verletzungserklärung ist um so unwirksamer, weil ja Deutschland inwieweit bereits die Gegenleistung abgeben hat, daß Frankreich und Belgien ihrerseits durch ihre rechtsmässigen militärischen Einmärsche ins Ruhrgebiet den Friedensvertrag gebrochen haben. Was Volcarr aber jetzt Deutschland vorwirft, datiert erst vom Zeitpunkt der Besetzung des Ruhrgebietes ab. Ein Vertrag verpflichtet natürlich beide Vertragsparteien, den Sieger wie den Besetzten. Nachdem Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles gebrochen haben, ist es sinnlos, die daraus notwendig sich ergebenden deutschen Abwehr- und Gegenmaßnahmen für eine Vertragsverletzung zu erklären.

Die Widerinfraktierung des Londoner Zahlungsplans hat erst recht keine praktische Bedeutung. Nachdem Deutschland sich durch sein Moratorium zur Unerschuldbarkeit dem ihm zuerst auferlegten Reparationszahlungen bekennt hat, ist der noch weitergehende Londoner Zahlungsplan erst recht unerfüllbar. Der Verfall der Vertrag aber, auf den sich Volcarr immer beruft, und der natürlich auch die Grundlage des Londoner Zahlungsplans bildet, steht ausdrücklich eine Verletzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und eine Anpassung der Zahlungen an diese vor. Selbst ein Volcarr wird nicht ablehnen können, daß diese Leistungsfähigkeit durch den Raub Oberschlesiens, durch den Zusammenbruch der deutschen Währung und durch die Ruhrbesetzung sehr wesentlich verringert worden ist. Das dem französischen Wirtschaftsführer Voucheur nahestehende „Welt Journal“ hat also ganz recht, wenn es der neuen Entscheidung der Reparationskommission keine praktische Bedeutung beimisst. Wenn daselbe imperialistische Blatt jetzt ausruft, das Wort habe nun die englische Regierung, habe Amerika, habe jeder Mensch mit brauchbaren Ideen und gutem Willen, so ist das nichts anderes als ein offenes Eingeständnis, daß Volcarr mit seiner Gewaltpolitik am Ende seines Latens angelangt ist. Er hat den Bogen zu straff gespannt und darf sich nicht wundern, wenn er jetzt zerbricht.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hat gestern nachmittags auf Antrag Verhous und Delacroix die allgemeine Verschuldung Deutschlands mit drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung (berücksichtigt des englischen Delegierten) festgesetzt.

Aus Paris wird ferner gemeldet: Die Reparationskommission hat entschieden, daß durch die deutsche Note über die Einstellung von Sachleistungen an Frankreich und Belgien das deutsche Moratoriumsgesuch hinsichtlich seiner Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien gelöst. Die Kommission hat sofort ein Schreiben an die deutsche Regierung mit der Mitteilung über die beiden Beschlüsse verschickt.

Aus Berlin wird gemeldet: Anlässlich der Beratung der Reparationskommission wird in Pariser Blättermeldungen behauptet, bei den französischen, belgischen und italienischen Delegierten bestünde die Auffassung, daß die deutsche Note vom 14. November 1922 durch die Note der Regierung Cuno vom 12. d. M. ihre Gültigkeit verloren habe. Demgegenüber stellen die Berliner Blätter fest, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht für aufgehoben erklärt und seine Reparationsverpflichtungen nicht verneint hat. Nur für die Zeit der Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien mit Waffengewalt habe sich Deutschland geweigert, freiwillig Reparationsleistungen zu machen, in dem Augenblick, wo Frankreich und Belgien von der widerrechtlichen zwangsweisen Eintreibung von Reparationsleistungen Abstand nehmen, wird Deutschland seine freiwilligen Leistungen wieder aufnehmen. Die Note der deutschen Regierung vom 14. November 1922 habe daher ihre Gültigkeit nicht verloren.

Ausblicke

Auswirkungen auf den Feldbesitzer.
Laut Meldungen der Gavas-Agentur aus Katowitz soll es in den dortigen Feldbesitzern zu Auswanderungen wegen der polnischen Besetzung und sogar zu militärischer Besetzung von Bergwerken durch „Orgha“ gekommen sein. Die Meldung der Gavas-Agentur ist eine Fälschung des wirtlichen Sachverhalts. Am 13. Januar wurden vier deutsch erkrankte Arbeiter der Feldbesitzer Schächte, Luda, Awastnik, Magiera und Orszelina, von der polnischen Grenzpolizei wegen angeblich ungenügender Grenzabzweife verhaftet. Freunde der vier Verhafteten blieben darauf am 15. Januar einen polnischen Arbeiter namens Kiczka fest, der jedoch auf Befehl der Grenzpolizei am 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Freiheit gesetzt wurde. Gegen ihn sind zwei der oben genannten vier deutsch erkrankten Arbeiter bisher von den Polen nicht freigelassen.

Die angebliche Besetzung von Bergwerken durch „Orgha“ ist frei erfunden, denn, wie festgestellt wurde, hat eine deutsche Besetzung nicht stattgefunden.

Erregung der Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Aus Essen wird gemeldet: Die Zolllinie um das Ruhrgebiet oder die Abschneidung vom übrigen Reich wird aller Wahrscheinlichkeit nach heute (Freitag) nach vollzogen sein. Den ganzen Tag bewegten sich ungeheure Truppenmassen mit Tausend an der Grenze des Ruhrgebietes.

Die Erregung der Bevölkerung in dem allbesetzten Gebiet und im Ruhrgebiet infolge des Verhaltens der Franzosen und Belagerer ist auf das höchste geschlagen. In mehreren Städten haben die Besatzungsstruppen schwere Ausschreitungen gegen die wehr- und masselose Bevölkerung begangen. In Robbia ist der Belagerungszustand verhängt worden wegen der Ausschreitungen anlässlich der Durchfahrt der verurteilten Ruhrindustrialen. In Essen ist die Erregung der Bevölkerung über die Abschneidung des Ruhrgebietes vom besetzten Deutschland sehr groß. Der Berichterstatter des „Berl. Volksblatt“ erzählt aus Bergarbeiterkreisen, man sei entschlossen, in den allgemeinen Streik zu treten, falls die Franzosen ihre Absicht, jegliche Kohlenzufuhr nach dem allbesetzten Deutschland zu unterbinden, durchzuführen sollten. Die Leiter der Kaufmannschaft, der Gewerkschaften und der Gemeindefunktionen in Essen geben der Öffentlichkeit bekannt, daß von heute ab die Verabsorgung von Waren, Speisen und Getränken an französische und belgische Militärs, an Zivilpersonen verweigert wird, weil der Warenmangel des Besatzungsgebietes die Warenbeschaffung empfindlich verringert und die Preise in die Höhe getrieben hat.

Der französische Platzkommandant in Essen hat dem Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung von der Schusswaffe Gebrauch machen; die Polizeibeamten sollten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten gehen. Der Polizeipräsident erwiderte, die deutsche Schutzpolizei werde sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen, um das Schussfeld auf deutsche Posten freizumachen; sie würden bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenstoß mit den Truppen zu verhindern.

In der österreichischen Ministerkonferenz in Venedig schlug der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Minister für öffentliche Arbeiten einlaß Mahnen vor, die sich bei etwaiger längerer Fehlschussdauer empfehlen würden. Er erklärte ferner, die Einheit der Besatzungsarmee der Zivil- und Militärbehörden von Frankreich, Belgien und Italien sei festzustellen.

Der Regierungspräsident von Düsseldorf hatte mit dem französischen General Simon eine Unterredung, bei der es sich um die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten handelte. Der General erklärte, der Polizeipräsident habe die Schutzpolizei bei der vorgetragenen Demonstration absichtlich von der Straße gehalten, und nur der Besonnenheit der Besatzungsbehörde sei es zuzuschreiben, daß es nicht zu Unruhen gekommen sei. Der Regierungspräsident verurteilte das Verhalten der Besatzungsbehörde, die die Verhaftung des Bürgermeisters teilte General Simon mit, sie sei erfolgt, weil er eine Falschheit der Besatzungsbehörde entgegen deren Befehl nicht veröffentlicht habe. Dem Regierungspräsidenten wurde mitgeteilt, daß sich die beiden Verhafteten in Düsseldorf befinden und sich vor dem französischen Gericht zu verantworten haben.

Aus Duisburg wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Verhaftung des hiesigen Waldjägers Berg kam es zu einer Kundgebung vor dem Landgerichtsgebäude. Dann zog die Menge über die Düsseldorfstraße, wo sie beim Hause der belgischen Kommandantur angehalten wurde. Belgische Offiziere und Beamte griffen etwa 20 Personen willkürlich heraus und brachten sie in die Kommandantur, wo sie festgehalten wurden. Belgische Kavallerie zerstreute die Menge.

Der „Vorwärts“ meldet aus Essen, daß der Geschäftsführer des Duisburger sozialdemokratischen Parteiblattes, Wilhelm Müller, von belgischen Kriminalbeamten ohne Angabe von Gründen festgenommen wurde. Die Verhaftung hängt wahrscheinlich mit dem Verbot der „Essener Volksstimme“ zusammen.

Kollat Weyer und Oberinspektor Vogt vom Hauptkommando in Hensch sind ausgewiesen worden.

Die Eisenbahnbeamten haben heute den Bahnhof Ost verlassen, jedoch auch dort der Verkehr ruht.

Der Bahnhof Westwig hat vorgestern wegen gewalttätigen Eingriffs der Franzosen in den inneren Betrieb den Dienst eingestellt. Es tritt immer mehr die Absicht der französischen Behörden zutage, die Köln-Windener Bahn in ihre Führung zu bekommen und die abseits liegenden Nebenlinien für ihren Nachschub an Truppen und Lebensmitteln unter ihre Kontrolle zu stellen. Die Lage bei den übrigen Bahnhöfen ist un verändert. Der Präsident des Eisenbahndirektionsbezirks Essen hat, ohne die Antwort der Entente auf sein letztes Schreiben abzuwarten, angesichts der wachsenden Schwierigkeiten im Bezirk, die Leitung der Geschäfte wieder übernommen. Er hat aber auch bei diesem Anlaß der Feld-Eisenbahnkommission mitgeteilt, daß die für die deutsche Eisenbahn bestehenden Bestimmungen und die Anordnungen der deutschen Regierung und des Reichsverkehrsministeriums die Richtschnur seiner Geschäftsführung bilden müssen. — Die französischen Behörden haben von den 11 Amtseleitungen der Eisenbahndirektion 7 Leitungen für ihren Fernsprekbetrieb beschlagnahmt, wobei die Eisenbahndirektion für ihren umfangreichen Verkehr nur 4 Fernsprekleitungen zur Verfügung stehen. In der vorgelagerten Stadtoberordnungsung in Hamborn wurde Fritz Többen zum Ehrenbürger der Stadt Hamborn ernannt.

Die Notlage im Ruhrgebiet.

Die Verteuerung der Lebensmittel macht sich, wie aus Essen gemeldet wird, als Folge der französischen Besetzung weiterhin außerordentlich bemerkbar. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind in der Zeit vom 11. bis 24. Januar wieder um 21,8 Prozent gestiegen. Besonders sind die Preise für Margarine und andere Fette derartig in die Höhe gegangen, daß große Teile der Bevölkerung sie nicht mehr aufbringen können. Eine riesige Verteuerung haben ebenfalls die Fleischpreise erfahren. Durchschnittlich sind die Fleischpreise in den letzten Tagen auf das Doppelte gestiegen.

Der Berichterstatter des Pariser „Populaire“ und des Brüsseler „Peuple“, Frederique Denis, hat eine Unterredung mit dem Bürgermeister von Duisburg, der ihm erklärte, daß die belgischen Offiziere mit ihren Familien von der Gemeindeverwaltung täglich 1000 Liter Milch verlangen, während für die ganze Stadt nur 13000 Liter zur Verfügung stehen. Die Milchnot ist aber so groß, daß nur Kinder unter zwei Jahren Milch bekommen könnten. Bis

heute hätten sie einen Liter täglich erhalten. Von Anfang dieser Woche ab würden sie sich mit 1/2 Liter begnügen müssen. Das seien die Preise der Okkupation, die man in Frankreich und Belgien während des Krieges kennengelernt und unter denen man doch über alle Maße gelitten habe. Jetzt aber, in einer Zeit, die weder Krieg noch Frieden sei, müde man anderen zu, sie auszufolgen.

Das Ausschleichen der Kohlleferanten.

„Journal Industrielle“ schreibt: Das Ausschleichen der Kohlleferanten aus Deutschland hat zahlreiche Werke im Osten, in Lothringen und in Luxemburg zur Einstellung des Hochleistungsbetriebes gezwungen. Die Werke de Wendel in Haguenau haben Mittwoch 2 und vorgestern 4 Hochöfen angeblasen. In Reimsingen sind zwei Hochöfen stillgelegt. In Rombach und Gogendingen ist ihre Tätigkeit beschränkt worden. In Diebelschen haben ebenfalls zwei Hochöfen den Betrieb eingestellt. In Luxemburg mußte man im ganzen fünf Hochöfen aussetzen lassen. Aus dreizehn Hochöfen sind noch im Betrieb.

Nach einer New Yorker Specialmeldung hat der ehemalige englische Schahansaher, Sir Robert Curzon, vorgestern im Empire Club die Besetzung des Ruhrgebietes kritisiert und erklärt, eine derartige Politik sei nicht geeignet, Reparationszahlungen sicherzustellen. Er habe hinzugefügt: Wir haben nicht etwa Sympathie für Deutschland, aber wir waren verpflichtet, diese Tatsache als eine praktische Folgerung festzustellen und deshalb hat sich Großbritannien zu seiner augenblicklichen Haltung entschlossen.

Ford Rothenberg schreibt im „Daily Mirror“ für die beste Darstellung der Krise im Ruhrgebiet als ersten Preis 5, als zweiten Preis 2 und als dritten Preis eine Million Mark aus. (Alto 50, 20 und 10 Pfund Sterling. Num. der Redaktion.)

Genderson hat vorgestern namens des Vollzugsausschusses der englischen Arbeiterpartei mit Vertretern der französischen sozialistischen Partei über die Ruhrbesetzung verhandelt. Beide Parteien sind übereingekommen, daß das von der englischen Arbeiterpartei vorgeschlagene Eingreifen des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten geeignet erscheine, um aus der augenblicklichen Lage herauszukommen.

Spenden für das Ruhrgebiet.

Die Vereinigten Beamtenausschüsse aller Reichsministerien haben in einer gemeinsamen Aussprache vorgestern einstimmig beschlossen, den Angehörigen aller Reichsministerien und der Reichsbehörden überhaupt zur Herbeiführung einer einheitlichen und schnell wirksamen Hilfsaktion für alle durch die Besetzung des Ruhrgebietes Geschädigten vorzuschlagen, drei vom Hundert des nach dem Stande vom 31. Januar d. J. zu erachtenden Februargehalts für diese Sammlung zur Verfügung zu stellen.

Die „Grenzmark“ meldet, daß eine von Domänenpächter Dahmes-Rufowo bei den prinzipaligen Domänenpächtern des Kreises Flatau (Wehrhau) veranstaltete Sammlung für das Ruhrgebiet rund 100 Tausend Mark ergeben, die in das Ruhrgebiet geschickt werden. Eine Sammlung in dem Dörschen Linde ergab einen im Hinblick auf die geringe Einwohnerzahl außerordentlich hohen Betrag.

Steuerbefreiung für die Ruhrhilfe.

Auf Grund des § 108 Absatz 1 der Reichsabgabenordnung hat der Reichsfinanzminister die Finanzämter ermächtigt, 1. Zuwendungen unter Lebenden an eine Hilfsorganisation aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes von der Erbschaftsteuer zu befreien, 2. bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer den Abzug von Beiträgen an eine Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art vom Einkommen in voller Höhe zuzulassen, 3. Arbeitslohn, der einer Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu befreien, 4. die Hilfsorganisationen der in Nummer 1 bezeichneten Art von allen Steuern zu befreien, die auf Einkommen oder Vermögen ruhen.

Der Belagerungszustand

Aber das rechtsrheinische Bayern verhängt.

Es ist folgende Bekanntmachung über die Verhängung des Ausnahmezustandes über das rechtsrheinische Bayern erlassen worden: Der Druck der Feinde auf Deutschland verlangt zur Zeit aus hiesiger Sicht die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Abwehr. Jetzt ist es nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch welche die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschworen wird. Den Führern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ist daher eröffnet worden, daß unter diesen Umständen anlässlich ihres Parteitagess Beschlüssen und Festsetzungen unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie haben durch Beschluß diese Verordnung abgelehnt und gedroht, daß der staatlichen Gewalt entgegengesetzt würde. Damit hat die nationalsozialistische Arbeiterpartei den gesetzlichen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angezettelt. Um allen Störungen von Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Sie erwartet von allen Staatsbürgern genaueste Beachtung der bestehenden Gesetze und der ergebenden Anordnungen.

Deutschland protektiert gegen die Ausweisungen.

Anlässlich der in letzter Zeit durch die Interalliierte Rheinlandkommission erfolgten Ausweisungen von deutschen Beamten aus dem besetzten Gebiet haben die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel den dortigen Regierungen weisungsgemäß folgende Note übergeben:

Die Interalliierte Rheinlandkommission ist nunmehr dazu übergegangen, deutsche Beamte, die sich in Besetzung der rechtmäßig erteilten Anweisungen ihrer Regierung weigern, bei der Durchführung der vertrags- und völkerrechtswidrig erlassenen Verordnungen, gegen die ich bereits namens meiner Regierung Protest erhoben habe, mitzuwirken, alsbald aus dem besetzten Gebiet auszuweisen. Zu dem offensichtlichen Zweck der Einschüchterung der anderen Beamten wird hierbei mit besonderer Rücksichtslosigkeit und Brutalität vorgegangen. In den meisten Fällen wird nur eine Frist von wenigen Stunden gesetzt und die Ausweisung auch auf die völlig unbetrefften Familienangehörigen ausgedehnt. Bis hier sind der Deutschen Regierung folgende Fälle bekannt geworden:

1. der erste Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Oberregierungsrat von Hedern,
2. der zweite Stellvertreter desselben Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Gsch.

2. der Landrat des Kreises Zell, von Stein in Zell.
3. der Präsident des Landesfinanzamtes Köln, u. Oberling in Köln.
4. Regierungspräsident Morgens von der Zweigstelle Pfalz des Landesfinanzamtes Würzburg in Speyer, ein Mann von 68 Jahren, der mit Familie ausgewiesen und genötigt wurde, sich von seinem schwerkranken Sohne sofort zu trennen.
5. der Vorstand des Hauptzollamtes Mainz, Regierungsrat Offenbacher in Mainz.
6. der Vorstand des Finanzamtes Rhenan-Land, Oberregierungsrat Sembach in Rhenan.
7. der Vorstand des Hauptzollamtes Koblenz, Regierungsrat a. d. O., Hofrat, weil er Angaben über die Abzählung der Kohlenverweigerer, verhaftet und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.
8. Gegen dieses System, deutsche Beamte durch terroristische Maßnahmen zur Vorkriegszeit bei völkerverhetzlichen Maßnahmen gegen ihr eigenes Vaterland zwingen zu wollen, erhebe ich im Auftrag meiner Regierung Protest.
9. Eine Abschrift der Note wird durch den Reichskommissar der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz überreicht.
10. Aus Berlin wird ferner gemeldet: Der französische, der britische und der belgische Regierung ist wegen der Ausweisung von Beamten aus dem besetzten Rheinland folgende Note übergeben worden:
11. In weiterer Verfolgung des von ihr eingeschlagenen Systems der Terrorisierung der Beamenschaft hat die Interalliierte Rheinlandkommission folgende neue Ausweisungen von Beamten mit Familie aus dem besetzten Gebiete ausgesprochen:

 1. Regierungspräsident von Gillingenberg in Speyer.
 2. Regierungspräsident Sassen in Trier.
 3. Regierungspräsident Rombach in Rhenan.
 4. Regierungspräsident Metz in Rhenan.
 5. Regierungspräsident, Präsident der Vorkammer Stannier in Speyer.
 6. Oberregierungsrat v. Goertzen, stellvertretender Direktor des Regierungspräsidenten in Rhenan.
 7. Oberregierungsrat Kramer, bei der Vorkammer in Speyer.
 8. Oberregierungsrat v. Beckers, Vorstand des Finanzamtes in Trier.
 9. Oberregierungsrat von Pfalzheim in Trier.
 10. Oberregierungsrat Gillingenberg in Trier.
 11. Oberregierungsrat Metz in Trier.
 12. Direktor des Hauptzollamtes Koblenz in Trier.
 13. Direktor des Hauptzollamtes Ahrweiler in Trier.
 14. Landrat Weller in Kreuznach.
 15. Landrat Pöhl in Trier.
 16. Regierungsrat Baummeister in Wiesbaden.
 17. Regierungsrat Reich in Wiesbaden.
 18. Regierungsrat Böttcher in Wiesbaden.
 19. Reg.-Ob.-Sekr. Jeyke in Wiesbaden.
 20. Polizeidirektor Bollmann in Mainz.
 21. Polizeikommissar Erdres in Mainz.
 22. Direktor des Hauptzollamtes Hunsrück in Wiesbaden.
 23. Oberförster Schmidt-Venders in Xanten.
 24. Hofmeister Götzen in Cleve.
 25. Hofmeister Albers-Brenner in Cleve.
 26. Oberförster Kautz in Mainz.
 27. Hofmeister Kautz in Speyer.
 28. Hofmeister Rey in Speyer.
 29. Oberförster Weige in Entenpühl.
 30. Oberförster Jansen in Trier.
 31. Oberbürgermeister von Bruchhausen in Trier.
 32. Bürgermeister Meyer, Langenlonsheim, Kreis Kreuznach.
 33. Kreisrichter Bachmann in Kreuznach.
 34. Hofrat Weller in Rhenan.
 35. Hofrat Emmer in Rhenan.
 36. Oberzollinspektor Vogt in Rhenan.
 37. Oberzollinspektor Wiesbach in Wiesbaden.
 38. Oberbürgermeister Dr. Kuelz in Mainz.

Poincarés Antwort.

Die französische Regierung hat die letzten deutschen Protestnoten gegen das militärische Verfahren in Mainz und gegen neue Verhaftungen im Ruhrgebiet mit zwei Noten vom 24. und 25. Januar beantwortet. Es wird erklärt, ein für alle Mal werde auf alle Mittelungen der Deutschen verzichtet, die von den Besatzungsbehörden angeordnet sind, die von den Besatzungsbehörden angeordneten Maßnahmen seien die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Versailler Vertrages, namentlich des an die Beamten ergangenen Verbots, den Vertrag auszuführen. Die Maßnahmen hätten keinen anderen Zweck, als die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Dieser bemerkt W. T. W.: Es ist begreiflich, daß der französische Regierung die fortgesetzten Proteste gegen die Gewalttakte im Ruhrgebiet beschwerlich werden. Herr Poincaré erklärt ein für alle Mal, daß an allen Maßnahmen der Besatzungsbehörde im Ruhrgebiet die deutsche Regierung schuld sei. Er will damit im Voraus auf alle künftigen Beschwerden dieser Art geantwortet haben, kündigt also weitere Verhandlungen an und stellt sich damit im Voraus einen Freibrief aus. Das wird die deutsche Regierung nicht hindern, pflichtgemäß durch nachdrückliche Proteste für die von den französischen Untertanen Betroffenen einzutreten. Dadurch, daß die französische Regierung jetzt offen von den Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet spricht, gibt sie endlich zu, daß es sich nicht um die Entsendung einer friedlichen Ingenieurkommission, sondern um eine regelrechte Okkupation handelt.

Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 26. Januar 1923.

Zu Beginn der fortgesetzten Staatsberatung behauptet Reichsfinanzminister Dr. Hersem, daß Abg. Weis über die Erhebung der Kohlensteuer eine Darstellung gegeben habe, die unzutreffend sei und aus der das Ausland vielleicht wieder Material schöpfen könne. Die Kohlensteuer ist tatsächlich gestundet worden. Das Steuergesetz sieht eine Erhebung nicht vor, aber das schließt nicht aus, daß eine Erhebung gewährt wird, wenn zwingende Gründe dazu vorliegen. Solche Gründe bestanden im September vorigen Jahres, wo die Vergarbeiter zwei Drittel ihres Lohnes vorher erhielten. Im September erhielten die Unternehmer für die Kohle nur noch den halben Wert der Selbstkosten. Um diese augenblickliche Krise zu überwinden, hätten entweder die Kohlenpreise erhöht oder die Kohlensteuer gestundet werden müssen. Die Regierung hat sich zu einer kurzfristigen Erhebung entschlossen. Von den 2,9 Milliarden gestundeter Steuern sind 1,9 Milliarden eingezahlt worden, so daß nur noch 1,0 Milliarden gestundet sind. — Die von den Gewerkschaften geforderte Erhöhung der Abgabe von den Steuern konnte im Januar nicht durchgeführt werden.

den, weil erst im Dezember eine Erhöhung erfolgt war. Wir werden aber im März dazu kommen. Die Steuerverwaltung arbeitet mit größtem Eifer an der beschleunigten Einziehung der Kohlensteuer. Redner schließt mit einem Toast an die Beamten seiner Verwaltung für ihre rege Arbeit.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Der Staat erhält seine Einnahmen durch den Zins in der Finanzverwaltung und den Gewinn der Industrie. Das Defizit dürfte mit 6 Milliarden eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein. Wir erwarten vom Minister eine Ergänzung seiner recht unvollständigen Mitteilungen. Wir erwarten auch hier eine Nachweisung, wie sich seit dem Londoner Ultimatum die Ausgaben der Verwaltung und auf Erfüllung des Friedensvertrages. Was wir an Konsolidierung des Staatshaushaltes erreicht hatten, haben die Sabotageakte des Herrn Poincaré zerstört. Das muß der Welt klar gemacht werden, damit endlich weggeräumt wird, was sich in jahrelanger Kriegspropaganda im Ausland angesammelt hat. Redner bedauert die Ausführungen des Abg. Weis über die Erhebung der Kohlensteuer, die unter dem sozialistischen Wirtschaftsmünster Schmidt befohlen wurde, und die dazu dienen sollte, eine größere Erhöhung der Kohlenpreise zu vermeiden. Auch zur Bekämpfung der Versuche, durch die Finanzverwaltung der Steuerzahlung aus der Geldentwertung Vorteil zu ziehen. Auch gegen die Behauptung des Abg. Weis, daß die Steuern eigentlich nur von den Arbeitnehmern aufgebracht werden, und der Besitz geschenkt wird, erheben wir hiermit Protest. Auch der höchstselbständige Generaldirektor muß sich der Steuerabgabe gefallen lassen. Wenn der Anteil des Lohnabganges an Steuerzahlung immer höher wird, so beweist das, daß das Einkommen aus Kapital und freien Diensten immer mehr zurückgeht. Der Gesamtbeitrag des deutschen Kapitals beträgt heute 20 Milliarden Papiermark, also noch nicht 1 Prozent des Gesamtvermögens des deutschen Volkes! Die Verschlechterung der Lage der qualifizierten und grünen Arbeiter ist viel größer, als die der ungelerten Arbeiter, selbst höhere Beamte haben nur noch 26 Prozent des Einkommens der Vorkriegszeit. Darum gibt es nicht eher Ruhe, als bis der fürchterliche Trud des Auslandes abgeworfen und das Schanddokument von Versailles zerrissen ist. (Beifall.) Wir billigen die bisherigen Schritte der Regierung, können aber nicht verstehen, daß mit Frankreich überhaupt noch diplomatische Beziehungen aufrecht erhalten werden. Unter dem Druck der Nationen dürfen sich Deutsche keinesfalls mit Franzosen an den Verhandlungstisch setzen. Auf Zwischentritt der Sozialdemokraten erwidert Redner: Wir Deutsche erklären hier feierlich: Wir werden uns nicht mit dem Feind beladen, die höchste Not des Vaterlandes zu einer inneren Umwälzung auszunutzen. Wir kennen jetzt nur einen Feind, den der Gewalttat bei uns eingeschoren ist. Streit um Monarchie oder Republik gibt es jetzt nicht für uns. Wir kennen nur ein Ziel, die Rettung unseres Vaterlandes aus Elend und Unterang. Erst wenn unser Haus von den ausländischen Eindringlingen gesäubert ist, wollen wir unsere inneren Auseinandersetzungen fortsetzen. Wir grüßen unsere kämpfenden Brüder, an der Ruhr und rufen alle Deutschen auf zum Kampf um Deutschlands Freiheit und Leben. (Beifall und Handklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Abg. Frölich (Komm.) bezeichnet, während die meisten Abgeordneten der bürgerlichen Parteien den Saal verlassen, die Darstellung Helfferichs von der Lohnentwertung als eine Fälschung. Er sucht nachzuweisen, daß die arbeitenden Massen verstanden zum größeren Nutzen der Kapitalisten und Wucherer und Sozialisten. Der Gesamtbeitrag an der Ruhr sei vielmäßig vorbereitet worden vom internationalen Kapitalismus, welcher auf Kosten des internationalen Proletariats seine Geschäfte machen wolle.

Abg. Ledebour (Unabh.): An Helfferichs Rede werde keiner größere Freude haben als Poincaré. Solche Reden stärken nur den französischen Militarismus. Aus dem Land könne Deutschland nur herauskommen durch die Hilfe des internationalen Proletariats, das in allen Ländern dem Kapitalismus Jügel anlegen müsse.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) fragt, ob die Demokraten schweigen wollten zu den nationalsozialistischen Ausschreitungen in München, zu den Laten Sillers und zu den Reden Kubendorfs. Die Nationalsozialisten hätten jetzt sogar der Bayerischen Regierung Kampf bis auf Messer angelegt und damit die Idee der Gemeinamkeit schändlich verriet. Wenn wir die bürgerliche Regierung im Ruhrgebiet unterstützen, so wollen wir dadurch nicht zu passiven Statisten werden. Wir stehen in der Abwehr des französischen Einfalls an der Seite der bürgerlichen Parteien und der Regierung, aber wir wollen uns nicht mit ihnen identifizieren lassen. Die Angaben des Reichsfinanzministers über Höhe und Dauer der Erhebung der Kohlensteuer widersprechen den früheren Mitteilungen. Wir halten die Erhebung nach wie vor für unzulässig. Das Reich trägt den Hauptlast. Dr. Helfferich hat durch seine Kriegsanleihepolitik erst den Anstoß zur Marktentwertung gegeben. Die Landwirte sind die Nutznießer der Geldentwertung und denken nur an sich. Dem Wucherer und der Preisstreiber muß mit gesetzlichen Maßnahmen entgegen getreten werden. Wir Sozialdemokraten lassen uns bei der Abwehr des französischen Einfalls an Entschiedenheit von niemandem übertreffen. Wir fragen vor der Welt und nicht zuletzt vor dem denkbar schärfsten Ethos gegen die Deutsche Demokratie und die Deutsche Republik geführt zu haben. Der Abwehrkampf der Arbeiter im Ruhrgebiet ist ein Kampf Klassenkampf. Dieser Kampf der organisierten Gewerkschaften ist ein Mahnruf an diejenigen, die noch dem Nationalismus anhängen. Wir kämpfen jetzt gegen den Nationalismus der Franzosen, aber wir können sehr schnell einen Frontwechsel vornehmen, wenn der deutsche Nationalismus uns dazu nötigt.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.) lehnt es ab, in diesem Augenblick den Parteipolit zu verabschieden. Wir sind alle Deutsche und protestieren alle mit gleichem Recht. Wir danken es den deutschen Industriellen, daß sie ebenso wie der letzte Arbeiter auf dem Standpunkt stehen: Solange ein französisches Bajonett im Ruhrgebiet glänzt, wird mit den Franzosen nicht verhandelt.

Abg. Rosell (Dem.) bezeichnet die Angriffe Dr. Breitschids gegen Dr. Helfferich in diesem Augenblick als schwer verständlich. Helfferichs Ausführungen gegen den Ruhr-einfall könne jeder Demokrat unterschreiben. Es sei auch nicht wahr, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes ihren Abwehrkampf lediglich als Klassenkampf auffassen. Wir wollen die Gewalt vermeiden und bei der Gewaltlosigkeit bleiben. Aber wir wollen auch nicht kühl und belehrend an dem Vorübergehenden, was sich seit 1914 in der Seele des Ruhr- und rheinischen Volkes geändert hat, und das seinen Ausdruck findet in dem Wort: Wir lassen uns nicht weiter als Sklaven behandeln! (Stürmischer Beifall.)

Abg. Becker-Rosenberg (B.) bezieht dem Abg. Breitscheid das Recht, namens der Arbeiter des Ruhrgebietes zu sprechen. Ein großer Teil dieser Arbeiter Rebe auf dem Boden des Nationalismus und betrachte die Abwehr nicht als Klassenkampf, sondern als Kampf für Deutschland und das deutsche Volk.

Abg. Kemmerle (Rom.) betont, daß die arbeitenden Massen Frankreichs auch nicht hinter der Gewaltpolitik Poincarés stehen und appelliert an die Sozialdemokraten, sich jetzt mit den Kommunisten zur Einheitsfront des Proletariats zusammen zu schließen.

Damit schließt die Aussprache. Nach einer Reihe verbülliger Bemerkungen wird der Etat dem Hauptauschuß übergeben.

Morgen nachmittag 2 Uhr: Jugendgerichtshof, Kleinstrentenfürsorge, Entwurfskommission. Schluß 1/2 8 Uhr.

Die Pflichten der Beamten und Lehrer.

Nachdem unterm 21. Juli v. J. ein Gesetz über die Pflichten der Beamten und Lehrer zum Schutze der Republik bereits erlassen worden ist, hat nunmehr die sächsische Regierung einen Beiratsentwurf gleichen Inhalts dem Landtage vorgelegt.

Die auf der Begründung der Vorlage zu entnehmen ist, sollen durch das neue Gesetz die Pflichten der Beamten gegen den republikanischen Staat, wie sie sich aus dem von ihnen geleisteten Berufungsdienst ergeben, klar und zweifelsfrei festgelegt werden. Die Regierung denkt nicht daran, den Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit zu beeinträchtigen — das würde ein Verstoß gegen Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung sein — sondern der Beiratsentwurf will nicht mehr, als unter der monarchischen Staatsform von den Beamten als selbstverständlich angesehen worden ist. Während also im monarchischen Staate schon eine von den Grundfragen der monarchischen Staatsform abweichende Gesinnung die Unfähigkeit für den Staatsdienst bedeutet, will die neue Vorlage den Beamten lediglich eine „aufreizende“ und „gehässige“ Beleidigung gegen den Bestand der Republik oder die „Verleumdung“, die „Beschimpfung“ oder „Verächtlichmachung“ der Republik oder von Mitgliedern der jeweiligen Verfassungsmächtigen Regierung des Reiches, Sachsens oder eines anderen deutschen Bundes unterlagern.

Weiter will der Entwurf die Möglichkeit schaffen, Beamte in Stellungen, die für den Bestand des republikanischen Staates besonders wichtig sind, im Interesse der Festigung der republikanischen Staatsform jederzeit auf Wartegeld setzen zu können. Es bedeutet dies lediglich eine Vereinfachung; denn das Beamtentrecht der monarchischen Regierung hat bereits seit 1836 gewisse, allerdings umständliche Handhaben, um Beamte jederzeit in den Wartestand zu versetzen.

Von einer vollkommenen Neugestaltung des § 7 des Jubiläumsgesetzes von 1835, die an sich nahegelegen hätte, ist im Hinblick auf die bevorstehende grundsätzliche Neubearbeitung des Beamtenrechts abgesehen worden. Aus demselben Grunde hat man sich damit begnügt, einzuwirken, b. h. bis zur allgemeinen Neuregelung des Beamtentrechts, das Gesamtministerium zur Festlegung einer einheitlichen Formel für die Ueberweisung aller Beamten zu ermächtigen.

Ebenso erweist der Regierung eine völlige Neugestaltung des Dienststrafrechts zurzeit nicht angebracht. Das Reichsministerium des Innern beabsichtigt, auf Grund von Artikel 10 der Reichsverfassung, Grundzüge über die einheitliche Regelung des Beamtentrechts anzustellen, und ist bereits in Vorarbeiten eingesetzt, um das Dienststrafrecht vorweg zu regeln. Da die Grundzüge des Reiches verfassungsmäßig für die Länder bindend sein würden, so hat sich die sächsische Regierung nicht entschließen können, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine allgemeine Neuregelung des Dienststrafrechts in Angriff zu nehmen. Wohl aber will der Entwurf eine zeitgemäße Erneuerung der Dienststrafgerichte durchzuführen, die sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit, als notwendig erwiesen hat. Den Dienststrafgerichten müssen Mitglieder angehören, die aus innerer Ueberzeugung dem republikanischen Staate dienen. Deshalb sollen die Dienststrafgerichte von Grund aus erneuert werden, und zwar soll, nach dem Vorgang des Reiches, das Uebergewicht der richterlichen Mitglieder in den Dienststrafämtern bereinigt werden. Dadurch wird es möglich sein, auch Angehörige der unteren und der mittleren Beamtenkategorien, also der Beamten ohne juristische Ausbildung in die Dienststrafgerichte zu berufen.

Einige weniger wichtige Punkte seien hier, aus Milderung des Raumes, unerwähnt gelassen, hervorzuheben ist aber, als wichtige Neuerung, daß die Dienststrafgerichte, die bisher nur auf Verweis oder Geldstrafe bis zu ein Zwölftel Jahresgehalt oder Dienstentlassung ohne Pension erkennen durften, künftig das Recht haben sollen, neben der Dienstentlassung auch auf Verweis und Geldstrafe bis zu 1/2 des Jahresgehalt zu erkennen und, im Falle des Erkenntnisses auf Dienstentlassung, in geeigneten Fällen einen Teil der Pension zu behalten. Der bisherige Zustand hat nicht selten dazu geführt, daß ein Staatsdiener, gegen den ein Antrag auf Dienstentlassung beim Dienststrafgericht gestellt worden war, freigesprochen worden ist, weil das Dienststrafgericht ihn zwar nicht für schuldig, die Dienstentlassung ohne Pension aber für eine zu harte Strafe gehalten hat.

Von der Einführung der Strafverleugung in das sächsische Dienststrafrecht will die Regierung zunächst absehen, weil eine so weitgehende Neuerung, die zahlreiche formelle Gesetzesänderungen zur Folge haben würde, über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgehen würde und überdies zweckmäßig der grundsätzlichen Regelung des Dienststrafrechts vorbehalten bleibt.

Alles in allem genommen, handelt es sich bei der Vorlage also nicht um ein Gesetz gegen die Beamten, sondern um ein Gesetz zum Schutze des Staates vor solchen Beamten, die einem Wiederaufbau des Staates auf verfassungsmäßiger republikanischer Grundlage sich hinderlich zeigen. Der weitläufige Beiratsentwurf der Beamtenpflicht wird danach von dem Landtage taum bekräftigt werden. Die zuständigen Organisationsstellen der Beamten und Lehrer haben dem Entwurf bereits zugestimmt. Die schweren Angriffe gegen die Vorlage („Gesetz zur Vereinfachung der politischen Freiheit der Beamten“, Abg. Dr. Koster in der Landtagsdebatte vom 14. Dezember 1922; „Beamtenmanufakturgesetz“, Abg. Dr. Gericke in derselben Sitzung) sind daher in keiner Weise begründet. (Schluß. Staatsztg.)

Zugeshichte.

Deutsches Reich.

Die englische Kontrollkommission, die seit einer Reihe von Monaten in Wilhelmshaven stationiert war, ist nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ nach England zurückgekehrt. Es weist nur noch ein französischer Vertreter in Wilhelmshaven.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Beschwerden des Verbandes nationaler Soldaten gegen die Auflösungsverfügungen verschiedener Landesregierungsbehörden vollständig verworfen.

Die Polizeiverwaltung in Halle mit Befehl des Oberpräsidenten Göring hat Befehl und Einrichtung der Polizeiverwaltung Halle mit Befehl des Oberpräsidenten Göring, die Weigerung der Polizei die Bedingungen der Staatsregierung, unter denen die hiesige Polizei auf Grund des Verwaltungsgesetzes verstaatlicht werden soll, zu überprüfen. Da die Staatsregierung ohne den Beamtenapparat die Verwaltung jedoch nicht übernehmen kann, werden die Beamten in ultimativer Form aufgefordert, sich bis zum 29. Januar der sofortigen staatlichen Polizeiverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Arbeiterdichter Alfons Besold 4. Die die „Vollzeitung“ in Innsbruck berichtet, ist der bekannte Arbeiterdichter Alfons Besold in Riedel an Infarktschwäche gestorben.

Sport.

Die Sigarettensportmannschaft des Klubaer Sportvereins hat morgen nachmittags 1/3 Uhr auf dem Schwarzen Platz die 1. Mannschaft des Sportvereins Riedel zu Gast. Die Riedeler stellen eine vielstärkere Mannschaft, die in der obersten Spielklasse des Gau Nordhessen als ein beachtlicher Gegner gilt. Sie wußte am Sonntag vor acht Tagen gegen die 1. Mannschaft des S.V. Riedel unentschieden 1:1, während die Sigarettensportmannschaft gegen Riedel am vergangenen Sonntag gegen Riedel 1:0 errungenen 8:0-Sieg recht eindrucksvoll in Erinnerung brachte. Es dürfte also morgen durchaus zu einem ausgefallenen Kampfe kommen, dessen Verlauf für die Riedeler deshalb von besonderem Interesse sein dürfte, als sich beide Mannschaften seit sehr langer Zeit nicht begegneten. Vor dem Beginn des Kampfes wird der Jugendmeister R.V. 1. Jugend und Riedel 1. Jugend im Wettkampfspiel gegenüber. Die Riedeler gewinnen im Wettkampfspiel nur knapp im Endspurt die Punkte, und die Gäste sind augenscheinlich wohl dazu, dem Meister die erste Niederlage seit vielen Monaten beizubringen. Beginn des Spieles 1/3 Uhr. Die 4. Mannschaft des R.V. spielt 1/12 Uhr auf dem R.V. Platz gegen Riedel 1. — Absetzung für Jugendbesetzung R.V. 2. Jugend und Riedel 1. Jugend treffen sich 9 Uhr in Riedel im Wettkampfspiel. R.V. 1. Ju. und Riedel 1. Ju. spielen 1/2 Uhr in Riedel, R.V. 2. Ju. und Riedel 1. Ju. 1/10 Uhr in Riedel. Die Liga weist in Riedel beim S.V. Riedel.

Dem diesigen Sportpublikum wird morgen auf S.V. Platz ein interessanter Kampf geboten werden. Der Platzbesitzer empfängt die 1. M. des Löhner Sportklub im Wettkampfspiel. Die Löhner haben a. St. durch neu eingestellte Kräfte eine äußerst starke und zähe Mannschaft zur Verfügung. In der Tabelle der letzten Wettkampfspiele der 1. Klasse im Gau Nordhessen steht die Löhner als Spitzenreiter voran. Die neu aufgestellte S.V. Mannschaft tritt morgen auf eigenem Platz erstmalig auf, da vorhergehende Wettkampfspiele die Mann-

schaft nach auswärts verbleiben. Die letzten Spiele zeigten gute Ergebnisse und beweisen, daß die neue 1. Mannschaft sich in der ersten Klasse halten kann. Diese 1. Mannschaft ist nun an diesem Tage seinen stärksten Kräfte zu besetzen und die noch rückerwarteten Wettkampfspiele zu beenden, dann ist für S.V. die Möglichkeit vorhanden, noch mit um die Meisterschaft zu kämpfen. Die 2. Mannschaft empfängt 2 Uhr auf Schwarzem Platz die 2. M. von Döbel.

Handball. Morgen nachmittags 3 Uhr treffen sich auf dem Schwarzen Platz zum Wettkampfspiel Turnverein Riedel — Turnverein Waldheim.

Volkswirtschaftliches.

„Ungültige Frachtbriefe, Unrichtigkeiten“. Die Eisenbahnverwaltung hat, wie die Reichsgerichte für Deutsche Verkehrsverbände“ mittels, ihre Dienststellen angewiesen, die Frachtbriefangaben besonders über Inhalt und Gewicht der Sendungen sorgfältig nachzuprüfen. Bei unrichtigen Angaben ist in jedem Falle neben der Mehrkraft ein Frachtaufschlag zu erheben, der — ähnlich wie das „Extrapolto“ bei Postsendungen — das Doppelte des Unterschiedes zwischen der angegebenen und der richtigen Fracht beträgt. Bei Magenüberlastungen wird ein weiterer Zuschlag erhoben, und außerdem werden die gesetzlichen oder sonstigen Bestimmungen angewandt, die falsche Frachtbriefangaben unter Strafe stellen. Besonders gefährlich werden diese „Unrichtigkeiten“ bei Sendungen nach dem Auslande. Auf einer Grenzstation im Osten ist festgestellt worden, daß als „Umzugsgut“ bezeichnete Sendungen aus Handelsware enthielten; derartig unrichtig bezeichnete Sendungen werden — auch wenn sie bereits vollständig vorabgefertigt sind — von der Zollbehörde beschlagnahmt und, um die Wagen nicht lange dem Verkehr zu entziehen, ausgeladen und eingelagert. Um diese Schwierigkeiten zu vermeiden, hat a. B. die Reichsbahndirektion Berlin für einen vorbestimmten Fall folgendes angeordnet: Handelt es sich um Umzugsgut, so ist der Frachtaufschlag zu erheben und gleichzeitig der Polizei Anzeige zu erhalten, wenn dann liegt die Annahme nahe, daß eine Zeichnung mit Wobeln beabsichtigt ist. Die feierliche Zeremonie in Jena fand, wie uns von dort berichtet wird, als Veranstaltung der Volkshochschule Thüringen am 4. bis zum 7. Januar statt und war von etwa 60 Teilnehmern, darunter zahlreichen Volkshochschulleitern und Lehrern aus verschiedenen Teilen Deutschlands

bestand. In einer Reihe von Referaten mit anschließenden Ausfragen wurde das Gesamtheft „Die geistige Lage der Gegenwart“ behandelt, und dabei wurde besonders die geistige Lage der Arbeiterklasse und des Bauerntums, die Frage der Jugendbewegung sowie die heutige Krise in Weltanschauung, Wissenschaft und Erziehung erörtert. Die Ergebnisse der Tagung werden von den Vortragenden in einer besonderen Schrift zusammengestellt, die im Sommer erscheinen soll.

Das provisorische Handelsabkommen mit Spanien. Wie bekannt, ist am 15. Januar 1923 ein provisorisches, bis zum 28. Februar d. J. währendes Handelsabkommen mit Spanien in Madrid abgeschlossen worden. Dieses Abkommen erhält im allgemeinen den bisherigen status quo in den Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder aufrecht. Erwähnenswert ist in Sonderheit, daß für deutsche Waren bis zu dem genannten Termin wie bisher die Vorzugskolonne 2 des spanischen Zolltarifs plus Galtauschlag in Anwendung gelangt. Deutschland hat Spanien dagegen gewisse Zollbindungen und Zollbefreiungen für wichtige spanische Ausfuhrerzeugnisse zugestanden. Es ist beabsichtigt, unverzüglich mit der spanischen Regierung neue Verhandlungen wegen Abschluß eines umfassenderen Handelsabkommens aufzunehmen. Das Abkommen muß beiderseits ratifiziert werden. Die Vorlage des entsprechenden Gesetzes an den Reichstag wird so beschleunigt, daß die Veröffentlichung des Wortlauts demnächst erfolgen kann.

Marktblätter.

Die am 15. notierten Preise waren an der Berliner Warenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 40000—40500. Fein, Roggen, märkischer 38500—37500, weipreukischer 38000. Fein, Sommergerste, märkische 15000—13000. Fein, Hafer, märkischer 27500—28500. Fein, Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 105000—115000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Fein, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 93000—100000. Fein, Weizenmehl und Roggenmehl frei Berlin 20000—21000. Fein, Raps 55000 bis 60000. Fein, Erbsen, Victoria 57000—60000, kleine Speiseerbsen 50000—55000. Bohnen 60000—65000, Widen 60000—65000. Lupinen, blau 24000—26000, Lupinen, gelb 40000—50000. Gerstebel 75000—85000. Rapskuchen 24000—28000. Trockenrüben 12000—12500. Holzwertige Buchenholz 18000—19000. Torfmelasse 30,70 8000—8500. Kartoffelkoden 18000—19000.

In Anmerkungs
Wird es beabsichtigt werden
in Anmerkungs...
Der Inhalt eines H. Buchens ent-
spricht der Inhalt eines H. Buchens.
Wird es beabsichtigt werden
in Anmerkungs...
Der Inhalt eines H. Buchens ent-
spricht der Inhalt eines H. Buchens.

**Tüchtiges, ehrliches
Dienstmädchen**
a. 1. Febr. bei hoh. Gehalt
gesucht. O. Seidel, Olschan
Dresdner Straße 23
(Schweizerhaus).

**Suche per sofort tüchtiges
Aufwartung**
täglich 1/2 bis 1/3 Tag.
Offerten unt. Y Q 9916
an das Tageblatt Riesa.

Kontorist(in)
sorgt gesucht.
Angebote unter Y Q 9919
an das Tageblatt Riesa.

Gefunden:
1 Ledergeldtäschchen,
2 Güte. Fundamt.


**Ein großer
Zughund**
der auch gut macht, zu
kaufen gesucht.
W. Broschwitz,
Glaubitz-Sageritz.

Wohlfühleres Zimmer
ob. bessere Schlafstelle von
rubinem. gebildetem Herrn
für sofort gesucht. Mädel
wird gestellt. Angeb. unt.
Y N 9912 an Tagebl. Riesa.

Mieseler Wau.
Kaufe Bezugrechte u. er-
bitte Angeb. unt. Y P 9915
an das Tageblatt Riesa.

**Gesucht zum 15. Februar
1 Köchin**
oder Wirtschaftlerin, die im
Kochen, Waschen u. Ein-
wecken bewandert ist, und
Hausarbeit übernimmt.
Keine Teutoburg, keine
Kuchenwirtschaft.
Frau A. Rudolph,
Dittesweg Bromnitz
bei Riesa.

Frdl. Mädchen
für Haushalt mit ein-
schlägigem Kind bei guter
Behandlung und hohem
Lohn gesucht.
Franz Elisabeth Eidor,
Göppersdorf, Burakbüt
27. geb. Waise, 1. Kinder-
erzieh. u. Pflege durchaus
erf. sucht Wirkungserg. u.
mutterlosem Kind l. gut.
Dauere. B. Zeugnisse vor-
hand. Offert. erb. an Cha-
lotte Winkler, Schwan-
l. Ca., Langestr. 17.

Ein Anabe
welcher Lust hat Bäder
zu werden, findet Lehr-
stelle bei Frau Norddorf,
Kobeln bei Riesa.

Beretreter
für La Leichtkraftmotor-
räder eines erfindungs-
reichen Fabrikates für den Platz
Riesa und Umgebung ge-
sucht. Nur in Fachkreisen
bestens eingeführte Herren
kommen in Frage. Bitte
Büchlein mit zu richten
an Erhardt B. Schmidt,
Weißig, Petersstraße 23
(Wichhaus „zur Flora“).

**Bücher
Moyor's Lexikon**
5. u. 6. Auflage
u. Klassiker
kauft ab. höchsten Tagespre.
Riesler, Antiquarier,
Dresden, Struße 7.

Schönes Wohnhaus
zu kaufen gesucht.
Ausführliche Offerten mit
Preis unter L J 847 an
Rudolf Raffe, Weißig
erb. (keine Bäume wer-
den nicht benötigt.)

Hausmädchen.
Wegen Verheiratung m.
Mädchen suche zum 15.2.
ob. 1.3. ein äußerst zuver-
lässiges, ehrliches
Hausmädchen.
Gelegentl. Kochen u. Lernen.
Helene Gaumnitz,
Riesa, Bismarckstr. 26.

Zuverlässiges Mädchen
in Küche und Hausarbeit
bewandert, für baldigt
gesucht. Frau Joh. Bärn,
Olschan, Lutherstr.

Klempnerlehrling
findet Lehrstelle bei
W. Weiche, Klempnerstr.
Riesa.

**Besitzer sucht
möbl. Zimmer.**
Bettt. f. gest. werd. Off. u.
Y N 9915 an Tagebl. Riesa.

**Möbenger und
offizielles Buchholz**
Bin mit 30 Stück besser
hochtragender Röhre und
Kabeln, sowie 10 Stück
va. Buchhaken im Alter
von 1/2 bis 1 1/2 Jahren ein-
getrocknet. Stelle selbige
nach Ablauf der Quarantäne
Sonnabend, 3. Febr.,
bei O. Wüller, am Bahnh.
hof Döbeln, zum Verkauf.

**Schiller, Goethe,
Senan, Zeffing-Werke**
und eine Anzahl französi.
lateinische Bücher verff.
Riesa,
Alberstr. 1, 1. Stod.

Die Siegerin.
Roman von Hans Schulze-Sorau.
64. Fortsetzung.
Eine stumme Wollust regte sich auf einmal in ihr, sich vorzureden, sie sei wahnsinnig geworden und alles sei nur eine Lüge; aber dann wußte sie wieder, daß es keine Lüge war.
Mit einem schmerzlichen Laut fuhr sie empor, die Hände durchschauerte sie, mit eisigen Fingern zerbröckelte der Wind an ihren feuchten Kleidern, daß sie endlich wieder weiter-
schickte.
Und dann plötzlich kam es wie eine Erleuchtung, eine Offenbarung über sie, daß sie den Weg, den sie zu gehen hatte, bis zu seinem letzten Ziele klar vor sich zu sehen meinte.
Es war der Weg, den auch das verzweifelte Mädchen auf der Bühne gewählt, den Weg in den Tod.
Den Weg in den Tod!
Ein unendliches Sehen schwoh heiß in der Finstern, das düstere Dunkel rundum zu zerreißen, wie man einen Schächer zerreiht, der ein unbekanntes, wunderbares Bild verbirgt.
„Daraus aus dieser Niedrigkeit, dieser Hölllichkeit! Lieber in den Tod, als dies entwürdigte Leben der Lüge weiterzuschleppen!“
Sie dachte auf einmal wieder ganz ruhig und besonnen, mit der vollen logischen Schärfe ihres unbestechlich klaren Verstandes.
Das harte Entsetzen, der versteinerte Schmerz waren von ihr gewichen und ein fast schmeichelndes Wohlgefühl an ihre Stelle getreten, wie die Erde einer schweren Blut, wenn die Woge verräuscht, der Sturm zertrümmert.
Ohne Sentimentalität und Herbitterung, mit einer besonnenen kaufmännischen Rücksicht sah sie im Geiste die Bilanz ihres heutigen Lebens.
Das sie sich einst auf der nächsten Fahrt nach der Explosionskatastrophe vorgeföhrt, das war mit dem Angebot der Nobelkompanie zur Weltlichkeit geworden; für Mutter und Geschwister verblieb ein Kapital, das aus immer deren Zukunft sicherte.
Damit war ihre Aufgabe restlos zu Ende geführt.
Nun stand sie wieder ganz auf sich, nur sich selber verantwortend, frei von jeder Fessel zur Pflicht!
Nun konnte sie zur Ruhe gehen, zur letzten Ruhe.
—
Lotte hatte unter diesen Gedanken den Königsplatz überschritten und wandte sich jetzt um den Rundbau der Siegessäule zur Gegend der Kronstraße.
Auf einmal war es ihr eingefallen, daß sie sich ja ganz in der Nähe von Kurts Wohnung befinden mußte.
Mit prächtigen Bildern hielt sie von der Höhe der Preien Marschallstraße umhau.
Dort an der Seitenfront des Befestigungsbeaters führte der Weg zum Alexanderplatz hinab, und jenes letzte Haus, das sich mit seiner himmelanhebenden Frontlinie scharf um-
rissen gegen den wuchtigen Konnenleib des Lehrers Bahnhofs vorhub, war das Haus, in dessen höchster Etage der Plan der „Siegerin“ zur Vollendung gereift war.
„Die Siegerin!“
„Die Siegerin von Kurt Rudolph!“

Mit ihrem ganzen Denken umspannte sie den geliebten Namen.
Wie weggerafft war wieder plötzlich alles, was an Verzweiflung und Todessehnsucht durch ihre Seele gegangen war, und nur der Schmerz um ihre verlorene Liebe be-
hauptete sich in der grenzenlosen Weite ihres gemarterten Herzens.
Mit schweren Schritten schleppte sie sich die öde Ufer-
straße hinab, von einem gefühlsvollen, unüberwindlichen
Drange getrieben, und stand dann lange vor Kurts Haus.
Zur Linken wälzte die Seeve ihre düsteren Fluten laut-
los durch ihr gemauertes Bett.
Große plumpe Röhre lagen hier und da unbeweglich
auf dem Wasser.
Es war so still und einsam um sie her, als sei sie ganz
allein auf der Welt, als sähe sie vor sich und hinter sich nichts
als ein unendliches Dunkel, in dem sie sich in der schre-
cklichsten Verlassenheit befand, zusammen mit ihrem hohlen,
leeren Ich und der fernen, unförmlichen Gehalt ihres
Schicksals.
—
Lotte war ganz dicht an die Rampe des Ufergeländes
herangetreten und beugte sich über das leise murmelnde,
surgelnde Wasser.
Sterben, jetzt auf einmal sterben, scheiden aus dem
Anfange ihres Lebens.
Diese träge, bleischwere Masse zu ihren Füßen ihr Grab.
Vor Jahren war sie einst zufällig Zeuge gewesen, wie
man ein ertrunkenes Mädchen an einem Brückenübergang
des Sandwehrtkanals gelandet hatte: das feine Gesicht vom
Wasser zu freier Heiligkeit aufgetrieben, die vergalten
Augen in starrem Entsetzen weit geöffnet, der schlaffe jung-
fräulich-herbe Körper mit graßlichen Wunden bedeckt, die
ihre die Stöße der Kahnstöße geschlagen haben
mochten.
Wie ein düsterer Schatten war jene erste Berührung mit
dem Tode in ihr junges, helles Leben gefallen, daß die
furchtbare Erinnerung sie monatelang nicht verlassen hatte.
Und so sollte man sie in wenigen Tagen vielleicht auch
aus diesem schmutzigen Gewässer ziehen! —
Der ganze Umfang ihres Unglücks erfaßte sie plötzlich
mit elementarer Gewalt.
Sie schlug die Hände vor das Gesicht, und zwischen den
schlanken Fingern sah sie langsam Tränen auf Tränen hin-
durch und tropfte auf den harten, kalten Stein hinab. —
Da klang auf einmal hinter ihr ein rascher, männlicher
Schritt.
Lotte schreckte empor und sog die Pelerine ihres Regen-
mantels enger zusammen.
Im nächsten Moment drach sie im jähen Entsetzen fast
vornüber in die Arme, ihre Pulse frosten.
Kurt stand vor ihr.
„Lotte, Fräulein Gausmann, was tun Sie hier!“
Die durch die stutenden Redel tönten die Worte fernher
an ihr Ohr.
Widerstandslos ließ sie es geschehen, daß er ihre Hand
ergriff und sie langsam zu sich heranzog.
Und dann klang wieder die Stimme, diese Stimme, die
sie so liebevoll umring mit weichen, schmeichelnden Sauten:
„Lotte, warum wollest du das tun?“
„Kurt!“

Der ganze Jammer einer verzweifelten Menschenseele
lag in dem einen Wort.
„Kurt!“ rief sie abermals hervor. „Dah mich! Was
wollt du von mir? Hast du mich denn noch nicht genug
gequält?“
Ihre Stimme brach, wie ein entseelter Widder
brachte plötzlich ein leidenschaftliches Schreien in ihr
empor, daß sie überhaupt noch ein einziges Wort an dem
Manne sprach, der ihr einst so schweres Verzeleib zugefügt
hatte.
Mit beiden Händen umkrampfte sie die eiserne Ge-
länderstange, als ob sie den goldenen Stab aus seiner
feinernen Verschaltung herausreißen und sich gewaltsam die
Wagen zu ihrem kassen Grab öffnen wollte.
„Lotte!“
Die eine demütig-gedehnte Bitte klang der Name von
Kurtis Lippen.
„Lotte, liebe kleine Lotte! Hast du mich denn ganz aus
deinem Herzen verbannt, hast du denn alles vergessen, wie
es einst zwischen uns gewesen ist?“
Mit einem trostlosen Blick sah das Mädchen vor sich
auf die dunklen Wasser.
Kein Weg, kein Wille waren mehr in ihr deutlich, sie
hätte sich losreißen, entfliehen mögen, so stark empörte sie
in ihr ihr Brauseninstinkt, doch die Glieder waren ihr wie
gelähmt.
Ohne Regung stand sie da, nur die Tränen rannen ihr
unablässig über die Wangen herab.
„Hast doch Erbarmen mit mir, Kurt!“ sammelte sie ent-
setzt. „Dah mich, geh fort von mir! Ich kann ja nicht mehr!
Warum mußt du mir heute noch einmal begegnen! Ich
möchte doch so gern allein und einsam sterben!“
„Lotte, sprich nicht so! Du machst mich wahnsinnig!“
Auf einmal schoß auch dem Manne das Wasser in die
Augen.
Wie ein Bleigewicht lag seine Hand auf Lottes Schulter.
„Steh mich an, Lotte, wie elend ich bin!“ sagte er mit
heiserer Stimme. „So elend, daß auch ich schon seit Tagen
mit denselben Todesgedanken herumgehe wie du! Warum
sollen wir in dieser Stunde voreinander noch ein Geheimnis
haben! Ja, ich wollte ein Ende mit mir machen, weil Lotte
Gausmann morgen Harry Dandon heiratet!“
„Kurt!“
Starr und furchtlos und doch voll ausdämmernenden Bes-
ehens slog ihr Blick zu ihm auf.
Sie wollte widersprechen, doch die Lippen waren ihr
auf einmal wieder wie zusammengepreßt.
So standen sie sich lange schweigend gegenüber und ihre
Herzen begannen zu brennen.
Da zog er sie wieder an sich und küßte ihren Mund mit
einer wilden Kraft.
„Lotte!“ flücherte er leise. „Warum sind wir so lange in
die Irre gegangen, daß uns erst dieser letzte Schritt wieder
aufzuklären mußte!“
Mit geschlossenen Augen lehnte das Mädchen an seiner
Schulter.
Ein großes, ertösendes Gefühl flutete plötzlich über sie
hinweg, daß sie für Sekunden fast die Befähigung zu ver-
stärkeren meinte; der Uebergang von der tiefsten Verzweiflung
bis zum höchsten Glück war zu unmittelbar anzuweisen.

Gausflur-Platten empfiehlt in groß. Ausmaß
Sabermann, Bergedorf.

Martin Gast und Frau
 sprechen für die am Tage ihrer Vermählung
 erwählten Aufmerksamkeiten ihren herzlichsten
 Dank aus.
 Niefa, den 27. Januar 1923.

**Lotte Schröder
 Walter Kummer**
 danken herzlich, zugleich im Namen
 ihrer Eltern, für die freundl. erwiesenen
 Aufmerksamkeiten anlässlich ihrer
 Verlobung.
 Bf. Brauß / Frauenstein.

Keine Angst!
 Der **Emaille Kitt** „Lieber Heinrich“ fittet durch-
 gebrauchte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- u. Porzellan-
 gegenstände wasser- und feuerfest. Zu haben in allen
 Drogerien. In Gröba: bei Alfred Otto u. Ed. Himmer.

Motoren Reparatur schnell
 Neuwickeln solid
 Lagern preiswert
C. Robbach, G. m. b. H., Meißen, Tel. 1506.

Parkett fusböden für Fabrik-
 und Wohnräume direkt auf
 alte ausgetretene Dielen und
 Massiböden zu verlegen. Billiger und
 haltbarer als Linoleum. Parkettfabrik
Gustav Goldig jun., Auerbach i. W. Fernr. 84.

Schafwolle
 kauft zu den höchsten Tagespreisen oder tauscht gegen
 erstklassige Strickgarne
H. Kluge u. Gebr. Bopel
 bauend im Gasth. Stadt Leipsa, Niefa, Hauptstr. 58

Lumpen Eisen, Almetad,
 Knochen, Papier, Häcker.
 Einkauf bei Gebr. Arumnan, Elbstr. 1, Tel. 612
Firma Alfred Mann, Sub. Wilhelm Mann.

Beton- und Ziegelbruch
 sowie Kies
 werden zu niedrigsten Preisen verkauft
Umbau Kaserne II/68, Boppiber Straße.

Alte Leertsch. Fabrik
 freigelegen, oder Grundstück mit alten Schuppen,
 möglichst am Wasser, zwischen Niefa, Döbeln,
 Dresden zu kaufen gesucht.
 Off. unter D. C. 290 an das Tageblatt Niefa.

Feldbahnmateriellen
 jeder Spur mit Ritzwagen usw. zu kaufen gesucht
 gegen netto Kasse. Offerten unter Y K 9917 an das
 Tageblatt Niefa.

Geschlechtsleidende!
 Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Ein-
 spritzung, ohne Bismut, ohne Kresol, ohne
 m. t. n. s. w. (Anf. 1), 2) Syphilis, 3) Gonorrhoe,
 4) Weiblich. Kostenlos in versch. Sprachen
 Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsen-
 dung von Mk. 50.- (für Porto etc.)
 Leiden genau angeben!
 Dr. m. d. H. S e m a n n, O. m. b. H.,
 Berlin 98, Lietzmannstr. 22.

Schlachtpferde
 abt hohen Preis
O. Stein, Telefon 208.
3/4-Geige mit Kasten
 passend für Schüler, zu
 vert. Brauß 15 E. v. L.

Piano
 gut erhalten, zu Kauf, gef.
 Offerten mit Preis an
O. Heinemann
 Leipzig, Schützenstr. 35.
 Ein wenig getr. Konfir-
 mandenanlage f. größeren
 Knaben und 1 Paar neue
 Stiefeln, Gr. 40, zu vert.
 Schillerstr. 7a, 616.
 Neue eleg. Damenstiefel
 (Größe 37) zu verkaufen
 Schillerstr. 14, v. L.

Für Landwirte.
 1 Landauer, 2 offene Wagen
 1 Tafelkittchen m. 2 Vels-
 seden, 2 weispänn. Rutz-
 geschirre, 1 Einsp.-Geschir,
 1 Schellengehäute, 1 Rutzsch,
 1 Flore, 1 Fahrpelz m. Füh-
 sad, alles sehr gut erd., zu
 vert. Näheres im Kontor:
 Rosenbl. 7 (Häblermühle).
Zweitür. Kleiderdrant
 zu vert. Brauß Str. 22a.

Landfrankentasse zu Gröba.
 Auf Grund der Verordnung vom 1. Dezember 1922 (R. G. I S. 891) erfolgt mit Wirkung ab
 1. Januar 1923, veranlaßt durch die neue 100%ige Tariflohn-Erhöhung, eine Umgruppierung und
 Erhöhung der Lohnkufen und Grundlöhne bis auf 1800 Mk., sodas nachstehende Einteilung Geltung hat,
 ebenso gelten ab diesem Zeitpunkt die nachstehend mit aufgeführten Beiträge zur Invalidenversicherung.

Lohnstufe	8% Wochen- beitrag	50% Krankengeld		Sterbe- geld	Verdienst			Grund- lohn	Arbeits- nehmer- anteil	Jahres- arbeitsverdienst von über bis	Wochen- beitrag	Lohnstufe
		täg.	mon.		Tag bis	Woch bis	Jahr					
1	14,40	15	90	900	85	210	10600	80	9,60	7200	10	1
2	28,80	30	180	1800	70	420	21000	60	19,20	7200-14400	20	2
3	57,60	60	360	3600	180	780	30000	120	38,40	14400-28800	30	3
4	86,40	90	540	5400	200	1200	60000	180	57,60	28800-50400	40	4
5	144,-	150	900	9000	320	1920	96000	300	96,-	50400-72000	50	5
6	192,-	200	1200	12000	420	2520	126000	400	128,-	72000-108000	65	6
7	240,-	250	1500	15000	540	3240	162000	500	160,-	108000-144000	85	7
8	288,-	300	1800	18000	640	3840	192000	600	192,-	144000-216000	110	8
9	384,-	400	2400	24000	840	5040	252000	800	256,-	216000-324000	145	9
10	480,-	500	3000	30000	1080	6480	324000	1000	320,-	324000-432000	160	10
11	570,-	600	3600	36000	1320	7920	396000	1250	384,-	432000-576000	225	11
12	720,-	750	4500	45000	1840	6840	492000	1500	480,-	576000-720000	270	12
13	864,-	900	5400	54000	1840	6840	492000	1800	576,-	720000 u. mehr	320	13

Gröba, am 27. Januar 1923. Der Vorstand. B. Herz, Vors.

Deutsches Volk in Not!

Der Rechtsbruch durch den Einmarsch französischer und belgi-
 scher Regimenter in das Ruhrgebiet bedroht das Herz Deutschlands.
 Großes steht deshalb auf dem Spiel. Es geht diesmal nicht um die
 Wohlfahrt und das Bestehen einzelner Teile, sondern des ganzen
 deutschen Vaterlandes.

Unabweisbare Pflicht aller Stände und Berufe unseres
 Volkes ist es,

Mittel zum Kampfe für die Ruhr- und Rheinlandhilfe

zusammenzutragen. **Schnelle und ausgiebige Hilfe tut not!**
 Gebt darum unverzüglich, selbst unter persönlichen Beschränkungen
 und Opfern. Hunger und Not dürfen nicht das erzwingen, was
 Lockungen, Drohungen und Gewalttaten der Feinde nicht zu er-
 reichen vermöchten.

Milliarden sind wünschentlich erforderlich für die Brüder an
 der Ruhr und am Rhein, für das lebendige Volkwerk des ganzen
 deutschen Reiches.

Sämtliche Banken sind zur Entgegennahme von Gaben bereit.
 Die Beiträge werden dem Herrn Reichskanzler überwiesen.

Den 25. Januar 1923.

Die Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Jittau
 als geschäftsführende Stellen für ihre Bezirke.

Die Gewerbekammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Jittau,
 Der Landeskulturrat Sachsen. Der sächsische Landbund.
 Der Verband sächsischer Industrieller samt seinen Ortsgruppen
 und allen ihm angeschlossenen Verbänden.
 Banken und Bankiers des Freistaates Sachsen.
 Die sächsischen Bezirksgruppen
 im Zentralverband des Deutschen Großhandels.
 Die sächsische Einzelhandelsgemeinschaft.
 Der Landesausfuss des sächsischen Kleinhandels.

la. Futterheu und Packstroh
 laufend in größeren Quantitäten zu kaufen gesucht.
Somag-Werke A.-G. Weitzen
 - Dresdner Straße 50. -

Vertreter
 für
Gummiabsätze und Sohlen
 bester Qualität u. Ausführung von erstklassigem
 Bierschwarz g e s u s t. In Branchenreisen ein-
 geführte Herren bevorzugt. Offerte unter
 F. C. R. 651 an Rudolf Wölfe, Frankfurt a. M.

Eine der größten
Zwieback- und Keksfabriken Deutschlands
 sucht tüchtigen
Blatzvertreter,
 der bei Kolonialwaren- und Konfitüren-Geschäften,
 sowie bei Großhändlern gut eingeführt ist. Bewerber
 wollen sich unter Angabe von Referenzen und der
 Firmen, die sie jetzt vertreten, an das Tageblatt
 Niefa wenden unter Y Y 9906a.

Glänzende Griffenz durch zeitgemäßen
 Verbleich
 bieten wir tüchtigem, organisatorisch befähigtem
 Herrn durch die
Vertretung
 unserer modernen, vielverlangten wirtschaftlichen
 Kassaartikel. Position ist selbständig und erfordert
 ein Mindestkapital von Mk. 100.000. Einarbeitung
 erfolgt. Angebote u. W. 785 an Nie, Dan-
 stein & Coeter, Dresden I.

Schnittwaren
 empfiehlt preiswert
Die Richte,
 Elßberg 1, 1.
 Daselbst **Wasserwaagen**
 für den Haus- u. Geschäftsbereich.

Metallbetten
 Stahlmatt. Rinderbetten
 bis an Grös. Kat. 497 frei.
 Eisenfabrik Suhl (Mitt.).

Gänte u. Felle
 gerbt und fauft
 (auch Schurwolle)
Paul Jungler
 Gerber
 Großenbäcker Str. 81.

Briteltausgabe
 Dienstag, d. 30. 1., v. früh
 7,8-12. W. Samlich.

Briteltausgabe
 Montag, den 29. 1. 1923.
 auf alle gemeldeten Mar-
 ten. Stadt: Januar und
 Rückhände. Land: Nur
 Rückhände bis Dezember.
 Ausgabe: 9-12 vorm., 3-5 nachm.
G. W. Schulze.

Sommerproffen!!
 Ein einfaches, wunderbar.
 Mittel teils fern jedem
 totenl. mit Dr. W. Wolski,
 Danneberg 488, Schlichth. 106

Rotklesamen
 reinigt
 gegen mähige Gedühr
Ernst Moritz
 Samenhandlung, Riesa.

Achtung! Landwirte!
Rotklee-
Reinigung
 hat begonnen.
 Bei größeren Posten erb.
 telef. Anruf. Gröblich Nr. 20.
G. Schuster, Büttlich.

Briefmarken
 einzelne und ganze Samm-
 lungen und ältere Briefe
 mit Marken. Habe große
 Auswahl in Marken aller
 Länder und Vagen von
 Briefmarkenmalern. Brief-
 markenhaus Witz, Georg
 37 Schulze, Dresden 37
 Brunner Straße 37

Klavierstimmer.
1 Piano hat mehr Wert
 als ein Grund-
 stück. Lassen Sie daher
 das Ihre instand setzen.
 Ein alter Fachmann und
 in Niefa gut eingeführt.
 Komme in nächster Zeit
 nach Niefa. Bestellungen
 erbitte unter O U 9670a
 an das Tageblatt Niefa.

Altes Gold u. Silber
 kauft Uhrmacher Köblich,

Alteisen
 und Metalle
 kaufen jederzeit in kleinen
 und großen Mengen
Goldammer & Co.
 Niefa.
 Geschirrfabriken u. unserem
 Lagerplatz Gröba - Hofen.
 Kleinere Mengen
 Seiffnerstr. 4-6.

Kupfer, Messing
Alu. Aluminium
 kauft a. Selbstverbraucher
W. Weibe, Hauptstr. 53
 Rohre und Vagen
 für Röhrengebäude fertigt
 als Spezialität d. Obige.

Alteisen!
Metalle!
 Wir interessieren uns
 für größere Mengen
 u. zahlen Tagespreise.
B. Siemsen & Co.
 Riesaerstr. bunt. Schlichth.

